

DIE ZUKUNFT DES FORTSCHRITTS.

Beiträge zur sozialdemokratischen
Programmdiskussion.

200 170

140

DIN 19 051

84 100 120



ser anthropozentrischen Argumentation die meines Erachtens entscheidende Begründung für den Tierschutz gegeben. Genausogut läßt sich auch der Artenschutz aus der Sicht des Menschen sinnvoll begründen, ohne daß man sich physiozentrisch verrenken muß.

Gegen die „anthropozentrische Klugheitsethik“ wird häufig eingewandt, sie würde nur berücksichtigen, was sich unmittelbar als Vorteil für den Menschen darstellen läßt. Demnach würde der Naturschutz nur soweit reichen, wie Tiere und Pflanzen für den Menschen nützlich sind. Wir wissen aber, daß es in der Natur sehr komplexe Wirkungszusammenhänge gibt, die nicht unmittelbar durchschaubar sind. Gerade dies aber verbietet es, Naturschutz nur auf der Basis unmittelbar erkennbarer Vorteile zu betreiben. Eine wirklich sinnvolle „anthropozentrische Klugheitsethik“ muß eben auch die Grenzen menschlicher Klugheit mitreflektieren.

Podiumsdiskussion

So wollen und so können wir leben

Dr. Johano Strasser

... Zum Komplex Demokratisierung gehört natürlich auch die Umwandlung der übergreifenden Strukturen. Ich bin kein Kleine-Netze-Romantiker: Ich bin überzeugt, daß die soziale Produktivität kleiner sozialer Einheiten hergestellt werden muß durch eine Veränderung großgesellschaftlicher Strukturen und staatlicher Interventionsmodi.

Wenn man sich nur auf die kleinen Einheiten konzentriert, wird die Kolonialisierung dieser kleinen Einheiten durch die Großstrukturen sich letztlich durchsetzen. Dennoch: Die Impulse und Ziele zur Umgestaltung der Großstrukturen müssen von unten kommen. Insofern widerspricht sich das nicht. Aber nun zu einigen Einzelfragen: Wenn wir über die Demokratisierung sprechen, meinen wir zuerst ein Mitsprache- und ein Mitbestimmungsrecht möglichst aller, die von den zu fällenden Entscheidungen betroffen sind. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Mitbestimmungskonzepte des DGB in der Regel fragwürdig. Paritätische Mitbestimmung garantiert überhaupt nicht, daß die ganz wichtigen ökologischen Fragen und Verbraucherinteressen berücksichtigt werden. Wenn diese zusätzlichen Aspekte aber Eingang finden sollen, muß man andere Mitbestimmungsmodelle konzipieren. Das ist ganz schwer zu diskutieren, weil die paritätische Mitbestimmung noch nicht einmal erreicht ist, und die paritätische Mitbestimmung zu den weniger geordneten gehört, über die man sich in den Gewerkschaften einig ist. Oskar Lafontaine ist nicht der einzige Störenfried: es gibt sachliche Argumente für eine „neue Unübersichtlichkeit“ auch in der Gewerkschaftspolitik. Aber das betrifft ja nicht nur die Gewerkschaften. Wir haben allen Grund, die Partizipationsmodelle, die wir in den 60er und 70er Jahren entwickelt haben, daraufhin zu überprüfen, ob sie der Komplexität der Probleme, die verarbeitet werden müssen, wirklich gerecht werden.

Der zweite Punkt, den ich betonen möchte: Demokratisierung kann auch heißen stärkere Beteiligung der Betroffenen an der gesellschaftlich oder staatlich organisierten Leistungserbringung. Dies gilt insbesondere für den großen Bereich der personenbezogenen Dienstlei-

stungen. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der höheren Effizienz dieser Leistungssysteme und der gelingenden Kooperation von „Dienstleistungsnehmern“ und „Dienstleistungsgebern“: Kooperation von Patient und Arzt usw.

Jetzt zu den kleinen Einheiten: Meiner Meinung nach brauchen wir mehr Vetorechte kleiner Einheiten gegenüber großen gesellschaftlichen Entscheidungen. Dies entspricht auch der Erfordernis der **Entschleunigung gewisser Entwicklungen**. Es kann nur gut sein für unsere Gesellschaft, wenn gewisse sich anbahnende Fortschrittsprozesse verzögert werden, weil dadurch die Chance wächst, daß die Menschen mit ihren Wünschen, mit ihrer Moral, mit ihrer Verantwortung Schritt halten können. Dann haben wir auch mehr Zeit, darüber nachzudenken, ob wir diesen oder jenen Fortschritt tatsächlich wollen. Wir müssen um der Zukunft der Demokratie willen wieder stärker über die Reaktivierung dessen nachdenken, was Toqueville und andere die „intermediären“ Institutionen der Demokratie genannt haben.

Ich glaube, daß es für die Zukunft unserer Gesellschaft ungeheuer wichtig ist, daß Gesellschaft wieder konkret erlebbar wird. Gesellschaft ist heute etwas sehr Abstraktes, in gewisser Hinsicht ist es ein Synonym für Schicksal geworden.

Gesellschaft, das sind für die Bürger nicht durchschaubare Bedingungen, die alles determinieren, die er aber nirgends ortsfest machen kann. Ich fürchte aber, daß Demokratie und menschenwürdiges Zusammenleben auf Dauer nicht bestehen können, wenn es keine anschauliche Gesellschaftsgestalt gibt, wenn es nicht gelingt, Gesellschaft so zu organisieren, daß die kleinen Lebensbezüge mit einer gewissen Plausibilität das abbilden, was an relevanten Großstrukturen das Dasein prägt. Die Stabilisierung menschlichen Lebens in relativ resistenten kleinräumigen Lebenszusammenhängen ist meines Erachtens entscheidend für die Fähigkeit, sich großen Herausforderungen zu stellen. Gelingt diese Stabilisierung nicht, werden wir in zunehmendem Maße mit hysterischen Reaktionen auf politische und gesellschaftliche Umbrüche zu rechnen haben. Es deutet vieles darauf hin, daß durch die Zerstörung der kleingesellschaftlichen Stabilisationsräume, der Prozeß der Hysterisierung unserer Gesellschaft voranschreitet. Neuere Entwicklungen auf dem Mediensektor begünstigen diese Entwicklung noch.



Dr. Johano Strasser

Im übrigen glaube ich, daß Verantwortlichkeit des Handelns eingeübt werden muß, wo man in kleinräumigen Lebenszusammenhängen die Folgewirkungen unseres Tuns noch absehen und die Wechselbezüge noch durchschauen kann. Die Schlußfolgerungen aus dieser Überlegung sind radikaler, als man vielleicht zunächst vermutet. Ich denke, daß Produktion und Konsum so organisiert werden müßten, daß man, wo immer möglich, lokale und regionale Ressourcen an Menschen und Material nutzt, daß wir wieder lokale und regionale, jedenfalls kurzgeschlossene Verteilungsnetze aufbauen müßten usw. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Biosphäre, auch unter dem der Stabilisierung der Demokratie gilt: global denken und regional und lokal handeln!

Ein auffälliges Phänomen ist, daß es heute sehr unterschiedliche Lebensentwürfe in ein und derselben Gesellschaft gibt, die von hinlänglich großen Gruppen vertreten werden. Wenn wir darüber reden, wie wir in Zukunft leben wollen, dann sollte unsere Antwort zunächst einmal lauten, daß wir möglichst vielen autonomen Lebensentwürfen Raum und Entfaltungschancen geben wollen. Das wird natürlich Grenzen haben, weil nicht alle Lebensentwürfe mit dem gleichen Recht der anderen, ihre Lebensentwürfe zu realisieren, kompatibel sind. Wenn man über die nationalen Grenzen hinaus blickt, stellt sich die Frage, welche der möglichen Lebensformen bei uns mit dem Lebensrecht der Völker in der Dritten Welt vereinbar sind und welche nicht. Zum anderen: Wie lassen sich lebensweltliche Entwürfe gegen die Systemstrukturen stabilisieren? Wie kann man sie so widerstandsfähig machen, daß sie von den vorherrschenden Systemstrukturen nicht erdrückt werden? Dies muß beim Erdenken von lebenswerten Zukünften mitbedacht werden. Zum Thema Gestaltung von Arbeit und Freizeit: Fritz Scharpf hat recht, daß sich viele neue Gestaltungsmöglichkeiten bieten, wenn wir Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit im großen Stile betreiben. Dann können wir sowohl die Erwerbsarbeit als auch die Nichterwerbsarbeit gerechter verteilen. Allerdings sind die politisch-instrumentellen Gestaltungsmöglichkeiten bei der gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit ungleich größer als bei der gerechten Verteilung der Nichterwerbsarbeit. Eine andere Verteilung der Nichterwerbsarbeit können wir ermöglichen, nicht erzwingen; sie ist ganz wesentlich ein kulturelles Problem. Allerdings: Wir können Voraussetzungen dafür schaffen, daß dieser kulturelle Wandlungsprozeß beschleunigt wird.

Dann muß aber Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auch zum Zwecke der Übernahme von Haushalts- und Familienarbeit durch die Männer genutzt werden.

Zu unserem Grundsatzprogrammwurf sind wir in diesem Punkte noch unentschieden: Wollen wir der Eigenarbeit im Leben jedes Menschen mehr Raum geben und sie zugleich gerechter verteilen, oder wollen wir sie professionalisieren und monetarisieren? Immer wieder schleicht sich die Position ein, die besagt, die gerechte Verteilung der Chancen zur Erwerbsarbeit über die Umwandlung der Potentiale bisher noch nicht professionalisierter Arbeit zu erreichen, d. h. also durch die Fortsetzung dessen, was Polanyi „Great Transformation“ genannt hat. Die Umwandlung natürlicher Leistungserbringung in professionelle monetär vermittelte Leistungserbringung ist natürlich auch eine Möglichkeit, die Frauenerwerbsquote zu steigern. Ich halte dies für einen Irrweg. Meiner Meinung nach liegen die großen Fortschrittschancen unserer Gesellschaft u. a. in der Möglichkeit zu mehr Zeitsouveränität und damit zu mehr selbstbestimmter Praxis. Wenn sich die Anteile im Zeitbudget eines jeden Menschen zugunsten dessen, was wir global als Nichterwerbsarbeit bezeichnen, und zu Lasten der Erwerbsarbeit verschieben, kann die Einbindung in Systemstrukturen gelockert und die Widerständigkeit lebensweltlicher Entwürfe gestärkt werden. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Nichterwerbsarbeit als **Nichterwerbsarbeit** bestehen bleibt und nicht entweder offen oder indirekt professionalisiert und monetarisiert wird.

Es gibt sehr viele andere Punkte, die mir noch wichtig wären: z. B. die Frage, was Demokratisierung in Zukunft bedeuten kann. Vielleicht geht es uns da ähnlich wie bei der Sozialisierung. Wir können allenfalls die Wirtschaftsbetriebe sozialisieren, die keine wirtschaftliche Bedeutung mehr haben. Es könnte sein, daß wir in Zukunft die Willensbildungsstrukturen demokratisieren, in denen relevante Entscheidungen gemacht werden. Dies wäre natürlich fatal.

Wenn mehr Demokratisierung und Partizipation eine Bedeutung haben sollen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß die wichtigen Entscheidungen dort getroffen werden, wo Partizipation stattfindet. Das wird vermutlich eine Rückverlagerung von Entscheidungen auf die kommunale Ebene bedeuten müssen. Ansonsten könnte unser Demo-

kratisierungsansatz verpuffen. Es ist denkbar, daß wir eine gewaltige Beteiligungsmaschinerie aufbauen, die letzten Endes nur ein leerlaufender Willensbildungszirkus ist.

Fritz W. Scharpf

Johano Strassers Ausführungen zur Organisation der gesellschaftlich und ökonomisch notwendigen Nichterwerbsarbeit scheinen mir das Problem genau zu treffen. Hier haben wir einen der unausgetragenen Richtungskonflikte der Sozialdemokratie vor uns. Wir werden nicht weiter kommen, wenn wir uns nicht grundsätzlich darüber einigen, ob wir uns hin zum schwedischen Modell bewegen wollen, oder ob wir stattdessen ein ganz anderes deutsches Modell anstreben.

Die Schweden sind in der Tat den Weg der Verberuflichung der gesellschaftlich notwendigen Nichterwerbsarbeit gegangen. Die extrem hohe Erwerbsquote der erwachsenen Frauen dort erklärt sich im wesentlichen aus dem dramatischen Anwachsen der öffentlich finanzierten Dienstleistungen seit dem Ende der sechziger Jahre. Dabei geht es in erster Linie um zusätzliche Aufgaben im Bereich der Betreuung von Kindern, Kranken und Alten, im Bildungswesen und in der Beratung und Betreuung von sozial schwachen Gruppen. Im Prinzip sind dabei Nichterwerbs-Arbeitsplätze der Frauen im Haushalt umgewandelt worden in Erwerbsarbeitsplätze für Frauen in den Kommunen und den Regionen.

Faktsch gibt es also nach wie vor eine weitgehende Trennung zwischen Männer- und Frauenarbeitsmärkten, und die neuen Dienstleistungs-Arbeitsplätze sind auch zum überwiegenden Teil Teilzeit-Arbeitsplätze. Aber es handelt sich dabei um gesellschaftlich anerkannte, professionalisierte Arbeit, und selbstverständlich werden die erwerbstätigen Frauen unterstützt durch Ganztagschulen, Kindertagesstätten und durch ambulante Pflegeleistungen im Krankheitsfall.

Auch bei uns sehen viele in dieser Verberuflichung häuslicher Arbeit das erstrebenswerte Ideal. Wenn wir uns darauf einigen könnten, dann müßten wir uns freilich zunächst um die organisatorischen Voraussetzungen und Finanzierungsmöglichkeiten kümmern, die in unserer föderalen Finanzverfassung gar nicht leicht herzustellen wären.

Überdies wären auch die gewachsenen Strukturen bei uns für eine solche Lösung nicht günstig.

Beispielsweise geben wir einen etwa ebenso großen Anteil unseres Bruttosozialprodukts für das Gesundheitswesen aus wie die Schweden. Aber die Beschäftigung im Gesundheitswesen liegt – relativ gesehen – in Schweden etwa dreimal höher als bei uns.

Da der Ärzteanteil in beiden Ländern etwa gleich ist, ergeben sich die Beschäftigungsunterschiede aus dem viel geringeren Anteil des nicht-ärztlichen Personals im deutschen Gesundheitswesen. Solche Strukturen kann man nicht von heute auf morgen verändern, aber innerhalb von zwanzig Jahren könnte man sie in der Tat verändern – wenn man weiß, was man will und kontinuierlich darauf hinarbeitet.

Freilich muß man sich dabei darüber klar sein, daß es sich bei den schwedischen Dienstleistungs-Arbeitsplätzen zum ganz überwiegenden Teil um wenig qualifizierte Arbeiten mit verhältnismäßig geringer Bezahlung handelt, und daß sie finanziert werden durch eine Steuer- und Abgabenbelastung der Normaleinkommen, die etwa um 20 Prozentpunkte höher liegt als bei uns.

Die andere mögliche Entwicklung, die dem derzeitigen Trend in der Bundesrepublik eher zu entsprechen scheint, könnte man etwa so charakterisieren: Der Bereich der Erwerbsarbeit beschränkt sich in der Tendenz auf gutbezahlte Arbeitsplätze mit hoher Produktivität und hohen Qualifikationsanforderungen.

Damit die Arbeitslosigkeit nicht allzusehr ansteigt, muß die Arbeitszeit kontinuierlich und konsequent weiter vermindert werden. Durch den verhältnismäßig kleinen Erwerbs-Sektor können jedoch viele wichtige gesellschaftliche Aufgaben nicht wahrgenommen werden. Sie müssen dann von uns selbst in der erwerbsfreien Zeit in der Form von Eigenarbeit, Familienarbeit und solidarischer „Gemeinwesenarbeit“ ohne Bezahlung erledigt werden. Auch eine solche Perspektive erscheint für viele unter uns attraktiv.

Ich meine, wir müssen uns zwischen diesen beiden Perspektiven entscheiden. Jede von ihnen könnte innerhalb von zwanzig Jahren ver-



Fritz W. Scharpf

wirklich werden, aber wir können nicht beide zugleich mit der gleichen Energie vorantreiben.

In der Äußerung von Gisela Böhrk ist deutlich geworden, daß wir auch noch in einen zweiten Richtungskontflikt hineinlaufen. Er betrifft die Art der Arbeitszeitverkürzung, die wir anstreben wollen. In den Beratungen über den Irseer Entwurf war diese Frage lange kontrovers. Die Frauen, die dort geschlossen auftraten, haben dann eine Priorität für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden durchgesetzt. Obwohl es durchaus unterschiedliche Lebens- und Interessenlagen der Arbeitnehmer gibt, so ihr Argument, brauchen wir die schematische Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, um eine Änderung der

Rollenverteilung in den Familien in Gang zu bringen. Flexible Regelungen würden demgegenüber nur die alten Familienstrukturen fortbestehen lassen.

Wenn nur Gisela Böhrk flexible Arbeitszeitleösungen zur Unterstützung unterschiedlicher Berufsbiographien fordert, dann leuchtet auch dies unmittelbar ein. Selbstverständlich sind für die 20- bis 25-jährigen Singles andere Arbeitszeitmodelle attraktiv als für Eltern mit kleinen Kindern oder für Eltern, deren Kinder aus dem Haus sind.

Die Wahlmöglichkeit zwischen der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, längeren Freizeitblöcken im Wochen- oder Monatsrhythmus und Langzeiturlaub würde in der Tat vielen Arbeitnehmern sehr viel mehr Entfaltungsmöglichkeiten bieten als irgendeine schematisch gleiche Regelung dies könnte. In Irsee hat man uns aber beigebracht, daß diese Wahlmöglichkeiten zunächst einmal dem Ziel einer Veränderung der Familienrollen nachgeordnet werden müßten. Die Frage ist, ob die Argumente dafür wirklich zwingend waren.

Es geht hier doch nicht um den Gegensatz zwischen der schematischen Regelung eines sechsständigen Arbeitstages für jeden und jede und dem Verzicht auf jede Regelung zugunsten der privatvertraglichen Willkür. Stattdessen könnte man sich ohne weiteres vorstellen, daß eine Gewerkschaft statt eines einheitlichen Arbeitszeit-Tarifvertrages einen Tarifvertrag mit mehreren nebeneinander stehenden unterschiedlichen Lösungen abschließt.

Das Normalmodell könnte dabei in der Tat der Sechs-Stunden-Arbeitstag sein. Daneben könnten aber Ausnahmemodelle stehen mit längeren täglichen Arbeitszeiten und entsprechend größeren Freizeitblöcken oder mit einem Langzeiturlaub von zwölf oder mehr Wochen im Jahr. Solange jedes von diesen Modellen in sich stimmig und ausbalanciert ist, könnte sich die „Arbeitgeber-Willkür“ keineswegs ungenutzt durchsetzen, und man könnte es dann den Betriebsräten überlassen, welches Modell für welche Arbeitnehmergruppe wann zur Anwendung kommen soll.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf ein Problem, das in unserer Diskussion über die Zukunft der Arbeit ganz am Rande geblieben ist. Wir reden dabei nämlich immer über die Zukunft der hochqualifizierten

Arbeit – über die Arbeit des Facharbeiters und alles was darüberliegt. Wir vergessen dabei, daß es in unserer Gesellschaft viele Arbeitsplätze gibt, die am Produktivitätsanstieg nicht teilhaben, und daß der Anteil der Langzeit-Arbeitslosen immer weiter ansteigt.

Unter diesen wiederum handelt es sich zum überwiegenden Teil um Menschen ohne berufliche Qualifikation, deren weitere Qualifikationsfähigkeit nicht nur nach Meinung der Arbeitgeber und der Arbeitsämter, sondern auch nach Auskunft von Betriebsräten und Gewerkschaften höchst fraglich ist.

In Amerika sind solche Leute beschäftigt in wenig produktiven Tätigkeiten im privaten Sektor mit Einkommen, von denen man nicht leben und nicht sterben kann. Solche Arbeitsplätze gibt es bei uns offiziell gar nicht und tatsächlich gibt es sie auch nur in wesentlich geringerer Zahl als in den Vereinigten Staaten. Dafür haben wir aber den wesentlich höheren Anteil von Langzeitarbeitslosen. Wir haben uns bisher noch nicht wirklich überlegt, was wir Personen mit geringer beruflicher Qualifikation und geringer Qualifizierungsfähigkeit eigentlich als Arbeits- und Lebensperspektive in der Bundesrepublik bieten wollen. Wir können Ihnen nicht die hochqualifizierten Arbeitsplätze bei IBM oder in den Software-Firmen anbieten, von denen wir gestern und heute so viel gehört haben. Wir können ihnen bisher auch nicht die schwedischen Arbeitsplätze in den öffentlich finanzierten Human-Dienstleistungen und Sozialdienstleistungen anbieten. In unserer Programmdiskussion jedenfalls haben wir das Problem bisher verdrängt.

Gisela Böhrk

Ich möchte zu dem von Johano Strasser angeschnittenen Punkt der unterschiedlichen Lebensentwürfe, die es geben soll, von einer anderen Seite aufribbeln.

Ich denke, daß man sich dem Problem dann vernünftig annähern kann, wenn man zunächst einmal konstatiert, daß es zur Zeit männliche und weibliche Lebensbiographien gibt, die qualitativ sehr unterschiedlich sind. Wenn wir dieses, was sich sehr banal anhört, nicht durchdenken, dann kommt es dazu, daß wir vollkommen ungeprüft mit Begriffspaaren wie „Arbeit und Freizeit“ umgehen, die in ihrer Be-

grifflichkeit wieder den Lebenssituationen von Männern zuzuordnen sind. Denn für weibliche Lebensläufe gibt es dieses Begriffspaar Arbeit/Freizeit nicht. Frauen sind erwerbstätig, leisten Hausarbeit, Kindererziehungsarbeit. Gemeint ist bei Arbeit landläufig Erwerbsarbeit, Freiheit von Erwerbsarbeit heißt Freizeit. Bei Reduktion der Erwerbsarbeit gehen wir in die Freizeitgesellschaft. Das ist eine Begrifflichkeit, die männliche Lebensläufe, männliche Lebenssituation meint.

Aus dieser Tatsache entwickle ich die Utopie: Wir müssen dazu kommen, daß männliche und weibliche Lebensläufe sich einander annähern, d. h. also, männliche und weibliche nicht mehr unterscheidbar sind. Da ökonomische Unabhängigkeit für Selbstbestimmung unabdingbar ist, muß Verkürzung von Erwerbsarbeit bedeuten: Flexibilisierung von Berufsbiographien und nicht: Ausschließlich auf Wochenarbeitszeitverkürzung im Gleichtakt bestehen. Es müssen die Bereiche, die etwas mit Familienarbeit zu tun haben, oder mit Hausarbeit, oder mit ehrenamtlicher Arbeit oder mit Pflegearbeit, die müssen selbstverständlich einbezogen werden. Wofür ich also plädiere ist:

1. die Begrifflichkeit, auch die wir im Irseer Programm haben, einmal daraufhin zu untersuchen, ob diese Begriffe für Männer und Frauen dasselbe bedeuten;

und

2. diese beiden Bereiche Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit zusammenzuführen. Ich meine, daß dies dazu führen kann, daß wir eine Veränderung auch von Kriterien, von Maßstäben, von Bewertungen, von Wertprioritäten bekommen, die auch männlich und weiblich sind in unserer Gesellschaft. Wir haben ein Bild von Politik, das sehr stark männlich geprägt ist. Nicht weil da Männer sitzen, die Politik machen, sondern weil Politik verbunden ist mit bestimmten Qualitäten wie Durchsetzungsfähigkeit, Machbarkeit. Auf der anderen Seite – das geht bis in das individuelle Verhalten hinein – gibt es eher weibliche Biographien und Verhaltensmuster, die nicht so auf das Durchstechen aus sind, sondern eher konsensorientierte und Rücksichtnahmestrukturen aufweisen. Deswegen denke ich, daß wir, wenn wir männliche und weibliche Lebensläufe als solche nicht mehr sichtbar machen, außer über die Träger dieser Lebensläufe, daß wir dann auch zu neuen Wertprioritäten kommen.



Gisela Böhrk

Gisela Böhrk

Ich wollte etwas sagen zu der scheinbaren Differenz der Arbeitszeit-Verkürzungs-Strategien – 6-Stunden-Arbeitstag, versus flexible Lebens- und Berufsstrategien. In der Arbeiterbewegung insgesamt und in der Sozialdemokratie im besonderen ist Arbeitszeitverkürzung in der Vergangenheit im Regelfall nach den Interessen von Männern praktiziert worden. Das heißt, Lebensarbeitszeitverkürzung hatte in sämtlichen Tarifverträgen immer eher eine Chance durchgesetzt zu werden als tägliche Arbeitszeitverkürzung.

Parallel zur Arbeitszeitverkürzung in Form des 6-Stunden-Tags für alle müssen wir Flexibilisierung ermöglichen. Also Ausstieg, Einstieg, Wiedereinstieg, wie auch immer man das nennen will, muß mit einbezogen

werden, um Familienarbeitsphasen und andere Nichterwerbsarbeit überhaupt durchmischen zu können. Durchmischen kann man aber nur dann, wenn die geschlechtsspezifischen Einkommens- und Lohn-differenzen deutlich verringert werden. Auf Freiwilligkeitsbasis kann man das nur dann machen, wenn die Lohnsituation zwischen Frauen und Männern nahezu gleich ist, sonst geht es immer wieder dahin, daß diejenigen, die diese „Auszeiten“ nehmen und dadurch schlechtere Berufsbiographien für Karriere und Berufslaufbahn haben, daß dieses wieder Frauen sind.

Wenn wir anstelle der kollektiven Arbeitszeit-Verkürzungs-Strategie wie 6-Stunden-Tag, das Feld vollständig aufmachen würden und uns voll auf Zeitsouveränität stürzen, dann läuft doch parallel dazu – kulturell und in den einzelnen Familien – die Aufteilung der Arbeit auf Männer und Frauen, so wie sie traditionell und historisch immer gelaufen ist. Deswegen brauchen wir Praxis im Sinne der Erwerbsarbeitsverkürzung und gleichzeitig Ansätze in Flexibilisierungsstrategien.

Noch einmal zum schwedischen Modell: Ich denke, daß es notwendig ist, ein ganzes Stück weit den schwedischen Weg zu gehen, weil das, was an sozialer Infrastruktur im Dienstleistungsbereich angeboten wird nicht nur Frauen Arbeitsplätze bringt, sondern vor allen Dingen Entlastung für Mütter und Väter, also Freiheiten insbesondere für Frauen bringen wird. Ein Teil der Professionalisierung dieser Bereiche ist notwendig, um überhaupt neue Lebensentwürfe für Männer und Frauen möglich zu machen, d. h. die Möglichkeit zu haben, das Kind, wenn es zwei Jahre ist oder drei oder vier in einem Kindergarten und dann in einer Ganztagschule unterzubringen, sonst sind souveräne oder autonome Lebensentwürfe irreal.

Diskussion

Jo Derrik

Ich glaube, beim Problem der Arbeitszeitverkürzung drücken wir uns um die letzten Konsequenzen in der Programmdiskussion herum. Wir werden gar nicht drumherum kommen, im Laufe eines Arbeitslebens eine ganze Reihe arbeitsfreier Phasen auch mit dem Ziel zunehmender Zeitsouveränität einzuführen. Die lineare Arbeitszeitverkürzung hat bisher noch nicht einmal den Produktivitätsfortschritt ausgeglichen, sonst hätten wir nicht die heutige Arbeitslosigkeit. Sie wird wahrscheinlich auch beim sechs-Stunden-Tag noch hinter dem Produktivitätszuwachs herhinken. Das Arbeitslosenproblem werden wir damit nicht lösen sondern bestenfalls mildern. Insofern sind wir auf die anderen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung notwendigerweise angewiesen.

Wenn wir nämlich eine ökologisch vertretbare Wirtschaft haben wollen, dann werden wir eine ganze Reihe von Produktionsbereichen nicht mehr haben, z. B. bestimmte Bereiche der Gentechnologie. Dagegen wird auf die bisher unbewältigten Umweltaufgaben, auf fehlende Arbeitsplätze im sozialen, kulturellen und Bildungsbereich hingewiesen. Ob diese neuen Arbeitsfelder den Arbeitsplatzverlust durch Produktivitätswachstum, ökologische Umstrukturierung der Wirtschaft und durch Abrüstung wirklich ausgleichen werden, kann sehr bezweifelt werden.

Deswegen müssen wir die Frage der Arbeitszeitverkürzung oder besser gesagt, der gerechteren Verteilung des verbleibenden Erwerbsarbeitsvolumens sehr viel ernster nehmen. Und da fehlt mir eine weitere Konsequenz, nämlich die Bereitschaft, die traditionelle Verkopplung von Arbeit und Einkommen in Frage zu stellen. Denn die langen arbeitsfreien Phasen im Laufe eines Arbeitslebens, von denen ich sprach und die notwendig sein werden, sind über den Betrieb, über die Tarifpolitik nicht finanzierbar.

Siemens kann vielleicht seine Belegschaft verdoppeln ohne entsprechendes Produktionswachstum. Die Masse der Klein- und Mittelbetriebe kann das nicht. Entweder setzen wir, wenn wir es trotzdem versuchen wollen, einen von uns nicht gewollten ungeheuren Konzentra-

tionsprozeß in Bewegung, oder die kleinen und mittleren Betriebe gehen daran kaputt, weil sie so teuer werden mit ihren Angeboten an Produkten und Dienstleistungen, daß sie über den Mangel an planungsfähiger Nachfrage zu Grunde gehen. Das heißt also, wir werden nicht darumherum kommen, andere betriebs- und arbeitsunabhängige Finanzierungsmöglichkeiten für diese arbeitsfreien Phasen zu finden. Ob das dann die schrittweise Einführung eines staatlich oder öffentlich rechtlich garantierten Grundeinkommens oder irgendeine andere Regelung sein wird, kann zunächst dahingestellt bleiben.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist von diesem Problem der Existenzsicherung außerhalb der Erwerbsarbeitszeit nicht zu trennen. Ich bin mit Johano Strasser vollkommen einer Meinung, daß man nicht zu einer Zweiteilung einer Gesellschaft kommen soll: Die einen kriegen ein Grundeinkommen und arbeiten nicht und die anderen malochen. Vielmehr müssen wir das verbleibende Volumen an Erwerbsarbeit unter allen gerecht verteilen. Mit linearen Arbeitsverkürzungen allein wird es nicht gehen. Hinzu kommen müssen die erwähnten längeren arbeitsfreien Phasen während eines Lebens. Und für diese müssen wir ein System wirtschaftlich und sozial vernünftiger Existenzsicherung schaffen. Dieses Problem ist in der Diskussion überhaupt noch nicht angegangen worden.

Oskar Lafontaine

Zunächst muß man sich Klarheit darüber verschaffen, was man eigentlich will. Der erste Schwerpunkt unserer programmatischen Diskussion ist die Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft. Wenn ich dieses Politikziel will, dann muß ich mir auch Gedanken darüber machen, wie ich es erreichen kann. Beispielsweise muß die Frage aufgeworfen werden, wieviel Arbeitsplätze denn zusätzlich erforderlich sind, wenn wir uns am schwedischen Beispiel orientieren, ohne daß wir dies verabsolutieren. Ich glaube, daß wir einiges aus dem schwedischen Modell übernehmen müssen. Wenn das so ist, dann ist die Frage zu diskutieren: Wie schaffen wir mehr als drei Millionen Arbeitsplätze? Denn Ausgangspunkt ist die registrierte Arbeitslosigkeit. Hier ist in der ganzen Debatte festzustellen – auch in der Wirtschaftspresse und überall –, daß, wenn von Arbeitslosigkeit geredet wird, dann immer nur nach dem klassischen traditionellen Muster. Aber die nicht registrierte

Arbeitslosigkeit bleibt immer außen vor. Immer. Deswegen ist die Debatte schon an dieser Stelle nicht mehr konsequent und logisch. Jeder hat etwas anderes im Auge. Wir müssen beides sehen: Wir wollen die Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft und wir wollen die Beseitigung der registrierten Arbeitslosigkeit. Teilweise überschneiden sich die beiden Mengen. Dann wollen wir mehr, jetzt einmal im klassischen Sinne —, mehr Freizeit für alle. Kürzere Erwerbsarbeitszeiten. Dann wollen wir mehr Zeitsouveränität. Ich glaube, das sind unstrittige Ziele.

Und nun kommt natürlich die Frage: Wie können wir denn diese hehren Ziele durchsetzen und umsetzen? Da stellt sich die Mochfrage. Aber es stellt sich auch eine andere Frage, die ungern beantwortet wird: wie finanzieren wir das ganze? Wer also die Debatte immer nur über Ziele und Wünsche führt, aber sich nie auf die Frage einläßt, wie man das denn finanziert, der führt die Debatte eben nur teilweise. Bei der Finanzierung gibt es drei Elemente, die diskutiert werden. Da ist zunächst einmal der Lohnausgleich. Der Lohnausgleich ist ein klassisches Beispiel dafür, wie eine Reizvokabel plötzlich entsteht, wie die Debatte verkürzt wird oder gar nicht mehr richtig aufkommen kann. Was ist das überhaupt Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne vollen Lohnausgleich? Ich will an einem Beispiel deutlich machen, wie Begriffe zu einer Belastung werden, weil sie das freie Denken erschweren. Arbeitslosigkeit ist Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich. Das wird niemand bestreiten. Hier wird nicht mehr diskutiert, ob es Arbeitszeitverkürzung „mit“ oder „ohne“ ist, denn die ist einfach da. Die Frage ist im Grunde genommen umfassender. Wie vermeiden wir Arbeitslosigkeit, wie verteilen wir Arbeit besser? Das ist die eigentliche Frage. Wenn ich mich an den Begriff klammere, sehe ich gar nicht mehr, daß es große Bereiche gibt mit einer Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich. Es gibt z. B. Forderungen aus Gewerkschaftskreisen, die Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich zu verkürzen, etwa durch das Zurückfahren der Überstunden. Das ist Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich, ganz real für die Beschäftigten in vielen Betrieben.

Nun zur Teilzeitarbeit. Sie wird gewünscht von vielen. Wenn ich für mehr Souveränität für den einzelnen bin, dann kann ich an dieser Stelle nicht auch noch antworten zu normieren. Dann bewegte sich gewerkschaftliche und sozialdemokratische Politik wirklich auf Abwegen,



Oskar Lafontaine

wenn sie hier noch normieren wollte. Wenn sie vorhandene Wünsche, eben weil wir bestimmte Schemata hätten, nicht bewilligen sollte. Und im übrigen ist natürlich Teilzeitarbeit Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Ich habe aus der Debatte gelernt, daß wir nicht nur hier unpräzise waren, sondern ich war auch an einer Stelle unpräzise. Als ich ein Interview gegeben habe, ohne sofort anzuführen, was ich eigentlich unter Lohnausgleich verstehe.

Die Debatte hat gezeigt, daß fast jede und jeder, auch führende Frauen und Männer in der Arbeiterbewegung, etwas anderes darunter verstehen. Oder sich erst gar nicht auf die Frage einlassen. Es gibt drei Kategorien zu unterscheiden. Man muß sie immer wieder runterleiern: Nominallohnsicherung, Reallohnsicherung oder Reallohnsteigerung, wobei ich mir als Sozialdemokrat nicht den Luxus leisten kann, bei der realen Steigerung etwa die Steuersenkungen außen vor zu lassen. Natürlich dann auch die Verbrauchssteuererhöhung, um das Ganze komplett zu machen, weil das etwas sagt über die realen Zahlen. Dies nicht zu beachten, deutet auf einen Mangel an gedanklicher Präzision hin – oder ist es Unredlichkeit im großen Umfang? Wie die volkswirtschaftlichen Größen sich verändert haben, das kann man aus Statistiker: unstreitig lesen.

Wenn man also über die Verteilung der Arbeit, der Einkommen usw. redet, dann muß man exakt sein und muß die Spielräume, die man hat, sehen.

Desweiteren sollten wir die Lohnkostenzuschüsse, also die staatliche Mitfinanzierung der Beschäftigungspolitik einbeziehen. Diesen Punkt haben Fritz Scharpf und seine Mitarbeiter in die Debatte eingeführt. Was wir ja auch in vielfältiger Form bereits tun. Etwa bei der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit an der Saar machen wir Programme mit staatlichen Lohnkostenzuschüssen wie viele andere Länder übrigens auch. Dieselbe Debatte läuft jetzt in Spanien. Da sind die Gewerkschaften gegen die Lohnkostenzuschüsse. Aber die PSOE wird sie durchsetzen. Ich habe die PSOE ermutigt, indem ich auf unsere großen Erfolge verwiesen habe. Insofern ist die Theoriedebatte darüber, wie man zur Einführung von Lohnkostenzuschüssen steht, unsinnig. Man hätte allenfalls präzisieren und deutlich machen müssen, daß eine bestimmte Form der Lohnkostenzuschüsse abgelehnt wird. In der Praxis geschieht es ja bereits im großen Umfang. Eine wichtige Rolle

spielt auch die Politik. Was wir mit der „Ökologisierung“ der Steuerreform wollen, ist eigentlich der modernste Ansatz, der derzeit in Europa verfolgt wird.

An dieser Stelle wird schon wieder die Debatte verkürzt, weil man sagt, die SPD will nur die Steuern erhöhen. Daß wir im gleichen Atemzug gesagt haben, daß wir die Steuern auf die Erwerbsarbeit entlasten werden und daß wir eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung suchen unter den europäischen Bedingungen, wird dann leider verschwiegen. Als wären wir so bescheuert und würden nur an einer Schraube drehen, ohne zu sehen, daß wir dann auf der anderen Seite entlasten müssen. Die Verbilligung der Erwerbsarbeit liegt im Sinne unserer Zielsetzung, ist also der methodisch richtige Ansatz. Wenn wir mehr Arbeit schaffen wollen, dann dürfen wir sie nicht unnötig belasten oder verteuern, und wenn wir weniger Energieverbrauch wollen, dann müssen wir hier ansetzen und verteuern. Das ist alles relativ logisch.

Damit kommen wir natürlich, das ist wieder ein typisches Beispiel, zu den Maschinennutzungszeiten. Wenn ich ein derart großes Reformprojekt unserer Gesellschaft finanzieren will, dann ist das eben nicht kostenlos zu haben. Ich kann nicht alle Argumente der Wirtschaft ignorieren. So nach der Art, wir haben hier Wünsche, wie das finanziert werden soll, interessiert uns nicht. Bei der Maschinennutzung erlebt man dasselbe wie beim Lohnausgleich. Es wird überhaupt nicht mehr hingehört. Als ich gesagt habe, ich plädiere für pragmatische Phantasie bei der Entkopplung von persönlicher Arbeitszeit und Maschinenaufzeiten, wurde plötzlich gesagt, jetzt soll auch noch am Sonntag gearbeitet werden. Nicht an den Werktagen, auch noch an den Sonntagen. Ein völliger Blödsinn natürlich. Wenn ich aber für die Zeitsouveränität des Arbeitnehmers bin, dann muß ich ihm logischerweise auch gewähren, daß er vielleicht am Wochenende arbeiten will. Dann muß man eben in die Bevölkerung hineinreden. Wochenendarbeit heißt aber nicht, daß die Arbeitszeit verlängert wird. Sie ist überhaupt nur dann akzeptabel, wenn eine deutliche Arbeitszeitverkürzung damit verbunden ist. Eine deutliche Verkürzung. Es gibt entsprechende Beispiele. Über diese Modelle kann man diskutieren. Etwa das BMW-Modell: Ist es vernünftig, drei freie Tage zu haben und dafür eben in den sauren Apfel beißen zu müssen und am Wochenende zu arbeiten? Hier dicht an der Grenze in Frankreich wird in einem Betrieb ein

anderes Modell praktiziert. Die Arbeitnehmer haben vier freie Tage. Aber sie arbeiten am Wochenende. Ist das vernünftig oder nicht? Dient das der Zielsetzung, die wir hier genannt haben: Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft, Partnerschaft, Aufteilung der Familienarbeit? In der Wissenschaft gibt es ausgearbeitete Modelle, wie noch mehr Zeitsouveränität erreicht werden kann. Indem man bestimmte neue organisatorische Einheiten einführt, die Absprache unter den Beschäftigten über die Arbeitszeit ermöglichen. Das kann ja wohl nicht sein, daß wir sagen, wir wollen alle, in den Arbeitsprozeß eingliedern, aber die müssen alle von 8 bis 2 oder 3 Uhr irgendwo arbeiten. Deswegen werde ich immer hartnäckig auf flexible Lösungen pochen.

Wir können nicht nur unsere Ziele formulieren, sondern wir müssen uns auch auf die Frage der Finanzierung einlassen. Alle Vorschläge haben nur dann eine Berechtigung, wenn sie immer wieder mit den Zielsetzungen rückgekoppelt werden. Es ist eine Instrumentendebatte, die wir führen, in den Zielen sind wir streiten. Welche Instrumente die intelligenteren sind, darüber können wir streiten. Das muß ja dann nicht zu einem Schwester- oder Bruderkrieg ausarten. Der eine oder andere kann sich irren. Das kann ja wirklich sein. Meistens findet man die richtige Antwort durch Experimente.

Eberhard Knödler-Bunte

Die Frage, ob das sozialdemokratische Zeitalter zu Ende gehe, hat nur einen rhetorischen Sinn. Zu evident sind die vielfachen Veränderungen in der Partei und den sie tragenden Milieus seit den vergangenen 150 Jahren. Wenn man die jetzige Diskussion jedoch aufmerksam verfolgt, dann hat jedenfalls etwas noch kein Ende gefunden, was ich als sozialdemokratische Denkstruktur bezeichnen würde. Sie liegt in der Neigung begründet, gesellschaftliche Prozesse objektivistisch darzustellen, um sie dann sogleich wieder in das Instrumentarium politischen Handelns zu überführen. Während die Veränderungen der Gesellschaft nahezu gesetzesmäßigen Charakter haben, werden ihre Folgen als politisch beantwortbare Probleme vergegenwärtigt.

Übersprungen wird, in der Sprache der Philosophie, die Analyse von Subjekt-Objekt-Verhältnissen, oder, soziologischer ausgedrückt, die

Dynamik kultureller Interpretationen und Sinndeutungen, die das, was gesellschaftliche Objektivität darstellt, ebenso sehr bestimmt wie das politische Handeln auf diese. Dies, denke ich, ist noch immer die Erbschaft einer sozialdemokratischen Denkstruktur, die Objektivität sich nach dem naturwissenschaftlichen Modell des 19. Jahrhunderts nur vorstellen kann und der Subjektivität in der Theorie wie in der Praxis nachhaltig mißtraut.

Ich möchte dies an einem Beispiel belegen. Für mich war charakteristisch die Art und Weise, wie z. B. auf die Überlegungen von Ulrich Beck in seinem breit diskutierten Band über die „Risikogesellschaft“ eingegangen wurde. Bezug genommen wurde nur auf die wachsenden objektiven Risiken, die sich an Beispielen globaler militärischer und ökologischer Krisen sehr gut belegen lassen und die zunehmend jeden, unabhängig von seiner sozialen oder geographischen Lage, betreffen. Ulrich Beck bezeichnet dies als Individualisierungsprozeß objektiver Krisen. Aber Individualisierung meint auch die Individualisierung von Lebenslagen und Situationsdeutungen, jenen ungeheuren kulturellen Entwicklungsschub, der mit der Entdeckung der Subjektivität eingesetzt hat und der nun die Gesellschaft gleichsam von unten modernisiert. Modernisierung kann man aber nicht halbieren. Man kann nicht die industriellen Systeme und politischen Steuerungsmechanismen modernisieren, ohne auf der anderen Seite wahrzunehmen, wie sich die Modernisierung als Dynamik in den Menschen selbst ausbildet. Die Ausdifferenzierung von Lebenslagen, die Entkopplung von Berufsrolle und personaler Identität, der Funktionsverlust der Familie, die mit ihrer Intimisierung einhergeht, schließlich die Pluralisierung und damit Relativierung von Weltdeutungen und kulturellen Leitbildern – all dies kennzeichnet einen kulturellen Modernisierungsprozeß, in dessen Verlauf die Menschen immer mehr freigesetzt werden aus ihren gewohnten Einbettungen und Traditionen.

Diese Freisetzung des Subjekts, Chance und Zwang zugleich, konfrontiert die einzelnen mit historisch neuen Herausforderungen und Zumutungen. Verkürzt gesagt: sie müssen lernen, inmitten einer pluralisierten Kultur zu leben und aus deren Angeboten an Sinn, Lebensstile und Ausdrucksformen einen eigenen Lebensentwurf herzustellen.

Dies ist der strukturelle Grund, weshalb wir es gegenwärtig mit einer Expansion des Kulturellen zu tun haben. Kultur wird immer mehr zu ei-

ner zentralen gesellschaftlichen Ausdrucksebene, über die sich individuelle Identität ebenso herstellt wie die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Der objektive Zuwachs an Gefährnissen, vom Ozonloch bis hin zu globalen militärischen Bedrohungen, geht zusammen mit einer individualisierten Interpretation von Welt.

Die Menschen sind immer weniger bereit, sich globalen Zielen unterzuordnen, die keine subjektive Überzeugungskraft mehr haben. Wenn die Logik der Modernisierung, in deren Verlauf die Traditionsbestände teils aufgezehrt, teils radikal individualisiert werden, die Menschen auf ihr einzelnes Leben zurückwirft, dann verändert sich das Verhältnis der Menschen zu der sie umgebenden Gesellschaft radikal. Dies ist ein kulturelles Faktum, auf das sich Politik und Kultur erst noch einstellen muß. Nur wenn man diese beiden Seiten der Modernisierung sieht, kann man einen Begriff davon bekommen, was Modernisierung wirklich heißt.

Wenn man diese zu kurz gekommene Thematik als Problem einer kulturellen Analyse der Gegenwart einklagt, dann heißt dies, daß die Perspektiven der Menschen auf die gesellschaftlichen Veränderungen selber zum Mittelpunkt der Erklärung gemacht werden müssen.

Kultur in diesem Sinne kann verstanden werden als die individuelle Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, und Kulturtheorie hätte sich mit den objektiven Veränderungen der Aneignungsformen in den Subjekten selber zu beschäftigen. Dazu bedarf es einer Diskussion, an der Sozialpsychologen, Kulturwissenschaftler, Psychoanalytiker und Wahrnehmungspsychologen gleichberechtigt vertreten sind. Daß sie in unserer Diskussion nicht zur Sprache kommen, ist nur ein Indiz dafür, wie verarmt die politische Diskussion auch innerhalb der Sozialdemokratie inzwischen geworden ist.

Als hätte es nicht, seit den 20er Jahren, vielfache Versuche gegeben, die Veränderungen in den Menschen als Problem von Politik **und** Kultur zu beschreiben.

Die lange Geschichte der kritischen Theorie kann als Versuch begriffen werden, dem Objektivitätsgläubigen Denken von links eine Dialektik des Konkreten entgegenzustellen.

Alle bisherigen Versuche, Modernisierungen zu beschleunigen, ohne deren kulturelle Auswirkungen wahrhaben zu wollen, haben entweder in die Katastrophen von Weltkrieg und Nazi-Herrschaft geführt, oder haben sich, entgegen ihren konservativen Apologeten, auch in einem beschleunigten kulturellen Wandel ausgedrückt. Vielleicht wird unsere Epoche, von der historischen Distanz aus betrachtet, einmal als die Epoche der kulturellen Revolution eingehen, die von ihrer Veränderungsdynamik her sich durchaus mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts vergleichen läßt.

Die Sozialdemokratie könnte sich von den Verfechtern einer konservativen Modernisierung am wirkungsvollsten dadurch unterscheiden, daß sie die kulturellen Folgen und Kosten von Modernisierungsprozessen als Problemzusammenhang wahrnimmt und beschreibt, mit dem jeder einzelne zu kämpfen hat. Das, was heute sich an der gesellschaftlichen Oberfläche als Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit artikuliert, ist auch das Symptom tiefliegender sozialer Ängste und Ohnmachtserfahrungen derer, die die Kostenseite von Modernisierung an ihrem eigenen Leben besonders drastisch erfahren.

Wenn in dieser Situation immer wieder nach globalen gesellschaftlichen Modellen gesucht wird, dann taucht innerhalb der SPD immer wieder das Beispiel Schweden auf. Ganz offensichtlich dient dieses Land als Symbol einer sozialdemokratisch gezähmten Moderne, in der dem hochentwickelten Kapitalismus eine Vielzahl von Reformen und Sozialleistungen wirkungsvoll abgerungen und eine Art Sozialverträglichkeit des Industrialismus herbeigeführt wurde. Merkwürdig ist nur, daß einem viel mehr auch zu diesem Land von unserer Perspektive her auch gar nicht einfällt. Es scheint beinahe so, als sei das protestantische Überich im Norden verankert, während sich die Träume und Wünsche auf das expressive Leben in den südeuropäischen Ländern richten.

Der Sozialdemokrat, der jede freie Minute dazu nutzt, in der Toscana die Früchte des Landes und der Kultur zu genießen, in seinen politischen Veranstaltungen aber nicht müde wird, Schweden als Zukunftsmotiv für die Bundesrepublik zu preisen, belegt sehr nachdrücklich, wie weit die Entkopplung von normativen Orientierungen und individuellen Lebensstilen sogar innerhalb dieser Partei vorangeschritten ist.

Draußen, in der Wirklichkeit einer pluralisierten Kultur, gehört es für

viele bereits zur gängigen Praxis, seine eigene Identität entlang von sich oft widersprechenden Rollen, Lebensstilen und Lebenswelten zu entwickeln. Mit dem Appell an politische Pflicht und gesellschaftliche Verantwortung, die aus Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten resultieren, ist da wenig zu machen. Was eher zählt, ist persönliche Glaubwürdigkeit und die Kompetenz, Probleme überhaupt noch wahrzunehmen.

Notürlich hat dies ‚Individualisierung von Lebenslagen‘ (Ulrich Beck) noch längst nicht alle Schichten der Bevölkerung erreicht und alle überkommenen Traditionen erodiert. Aber der Prozeß der Individualisierung hat inzwischen eine Eigendynamik erreicht, die nur noch um den Preis von gesellschaftlichen Katastrophen oder politischer Zwangsherrschaft umkehren läßt. Der Ideenhimmel von Lebensstilen und Lebenswünschen hat sich nahezu unendlich ausgedehnt, kein Gegenstand der Geschichte und der Kultur, der nicht zur Projektionsfläche des intendierten Lebens werden könnte. Die Brüche gehen längst durch jeden einzelnen hindurch und machen Identität zu einem dauerhaften Balanceakt zwischen Imagination und armseliger Realität, zwischen Wunschkultur und Versagung. Deren Ausdrucksfeld ist Kultur im weiten Sinne.

Dies sind Tendenzen der Gegenwart, die noch keine neue Gesellschaftlichkeit herstellen, aber in bestimmten Milieus und Altersgruppen bereits präsent sind und das aktuelle Verhalten bestimmen. Die Sozialdemokratie tut sich traditionell doppelt schwer mit diesen Tendenzen. Sie betrachtet, von ihrer Staats- und Produktionsorientierung her, Kultur als private Nebensache, die sozusagen gar nicht politikfähig ist, es sei denn als Bildung und Erziehung. Und sie mißtraut der Individualisierung, weil sie ihr Denken in objektiven Ordnungen und Regeln scheinbar gefährdet.

Die moralisierenden Wendungen und hilflosen Aufzählungen, die sich besonders im Kapitel über Kunst und Kultur im Ireser Programm finden lassen, machen deutlich, daß hier eine Tradition sozialdemokratischen Denkens an ihre Grenze gestoßen ist. Die Prosa der Welt und die eigene Praxis sozialdemokratischer Kulturpolitik ist längst darüber hinweggeschritten, ohne Programm. Wichtiger als ein Programm wäre ein kultureller Lernprozeß innerhalb der Partei, der die Wahrnehmung der Gegenwart zum Gegenstand hätte. Wenn dazu ein neues Programm dienlich wäre . . . ?

Niels Beckenbach

Bei der bisherigen Diskussion über Utopie und machbare Zukunftsentwürfe ist das Politikfeld ‚Gestaltung von Technik und Arbeit‘ bisher zu kurz gekommen. Bei der gestrigen Diskussion über den Fortschrittsbegriff der Aufklärung und über zukünftige Entwicklungen in Europa herrscht allgemein die Vorstellung vor, daß sich technische Entwicklungen nur noch vollziehen im Zusammenhang ökonomischer Konzentration, administrativer Zentralisierung und der Fähigkeit des Kapitals zu weitreichenden Steuerungsleistungen.

Ich möchte an dieser Stelle ein großes Fragezeichen setzen. Zuvor spricht einiges dafür, daß Konzernstrategien zunehmend über den Betrieb hinausgreifen und auf die Verfügung über regionale oder (wie etwa das Beispiel FIAT) auf nationale bzw. (wie am Beispiel der geabsichtigten Fusion von Daimler/MBB) auf branchenübergreifende Verfügbarkeiten von Technik, Arbeitsorganisation und bestimmte Teilmärkte abziehen. Es gibt aber, wie etwa das Beispiel der neuen Techniken in ökonomischen Kernbereichen der Bundesrepublik oder das Beispiel dezentraler Techniknutzung in Norditalien zeigen, derzeit auch emanzipative Entwicklungen in der Arbeitssphäre. Es gibt, wie Karl Krahn ausgeführt hat, durchaus Chancen für eine Produzentensperspektive bei der Entwicklung und Anwendung moderner Produkt- und Produktionstechniken.

Die Lohnpolitik, die Politik zugunsten der Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, was zunächst einmal sehr defensiv ansetzt, ist doch vorangeschritten von den 70er zu den 80er Jahren zu einer Neudefinition des Humanisierungsprojekts und des Humanisierungsproblems, nämlich zunehmend auf Technikgestaltung bezogen zu werden. Dies gilt als Forderung. Und es gibt – etwa in Betrieben der Automobilindustrie der Bundesrepublik – Ansätze zur Realisierung dieser Forderungen. Was die Machtinteressen sind, was das Problem der damit verbundenen Arbeitsmarktsplaltung ist, so will ich dazu an dieser Stelle nichts sagen. Aber es geht doch hier darum, daß wir Politikfelder und Gestaltungsmöglichkeiten überhaupt erstmal formulieren und dann im Lichte der Durchsetzungsmöglichkeiten prüfen, was ist davon realisierbar und was ist nicht realistisch. Etwas von dem, was hier gesagt wird, bezieht sich doch darauf, daß es eine ganz wich-

tige Frage ist, wie technische Systeme entwickelt und angewandt werden.

Dies bezieht sich auf die betrieblichen Anwendungszusammenhänge. Und da geht es nicht nur um die ausführende Arbeit. Es geht auch um eine Neuorganisation und wünschbare, wie ich immer wieder betonen würde, machbare Utopien nach Reintegration von disponierender und ausführender Arbeit. Hier ist vorhin etwas gesagt worden über die Überwindung des Taylorismus. Ich würde behaupten, es gibt eine technische Möglichkeit, den Taylorismus zu überwinden. Aber es gibt diverse Widerstände und wir müssen diese Widerstände untersuchen. Wir müssen die Widerstände politisieren, dann sind wir ein ganzes Stück weiter.



Niels Beckenbach

Jetzt komme ich auf den Kern meines Problems. Es fehlt hier eine ganz wichtige Adressatengruppe und das sind die Ingenieure. Die Ingenieure sind Technikentwickler, Technikgestalter. Ist denn hier im Raum die Vorstellung, daß die Ingenieure lediglich technische Problemlösungen im Kopf haben und die nichttechnische Bedingung ihres Handelns überhaupt nicht reflektieren. Oder ist es die Vorstellung, daß die Ingenieure lediglich als Kapitalmarionetten agieren. Wenn diese Vorstellung besteht, würde ich behaupten, diese Vorstellung ist falsch.

Es hat in der Bundesrepublik, in den USA und in anderen Ländern immer wieder Ansätze zur Politisierung oder Sensibilisierung der Ingenieure von unten gegeben. Nicht unbedingt durch uns Soziologie; dies ist durchaus auch von innen her geschehen. Es gibt z. B. seit 1985 in Hessen mehrere Forschungsverbände von Sozial- und Ingenieurwissenschaftlern, wo weiterführende Ideen und Forschungskonzeptionen auch aus dem Ingenieurbereich aufgegriffen und in kooperative und interdisziplinäre Forschungen umgesetzt werden. So sind Forschungsprojekte über Maßnahmen zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnstrecken an der TH Darmstadt und Überlegungen zur Umweltbilanzierung des Automobilverkehrs auf Anregung bzw. unter der Leitung von Kollegen aus den Ingenieurwissenschaften initiiert oder durchgeführt worden. Eine kritische Diskussion über Technik, Arbeit und Umwelt ist nicht mehr Monopol der Sozialwissenschaften. Ich möchte sogar behaupten, daß eine auf substantielle Alternativen bei der Entwicklung und Anwendung von Techniken zielende Diskussion ohne Ingenieure und Ingenieurwissenschaftler überhaupt nicht sinnvoll geführt werden kann.

Frau Beck-Gevnsheim hat vorhin die Bedeutung der baulichen Infrastruktur für die zwischenmenschlichen Siedlungsformen, für den Verkehr und das Zusammenleben angesprochen. Auch hier gilt wieder das eben Gesagte: Ingenieure und Planer müssen gewonnen werden für alternative Modelle des urbanen und ländlichen Arbeitens, Wohnens und der Freizeitgestaltung. Ich möchte die SPD dringend dazu auffordern, auch dies als Felder von politischer Gestaltung zu übernehmen und diese nicht den politisch konservativen Gruppen zu überlassen. Dies alles gehört in unseren Diskussionszusammenhang.

Tilman Fichter

Eine Erfahrung, die ich in Berlin während des Häuserkampfes 1982 gemacht habe: Als damals Jugendliche die ersten leerstehenden Häuser besetzten, ging ich in ein instandbesetztes Haus und fragte die Besetzer, warum sie hier seien. Ihre verblüffende Antwort war: Wir wollen endlich einmal, ohne von Sozial Helfern und Lehrern betreut zu werden, alleine leben.

Der Kampf gegen Abriss und Kahlschlagsanierung, gegen Wohnungsnot und gegen Spekulanten waren weitere wichtige Momente in der damaligen Revolte in großen Teilen der Berliner Jugend. Als Hauptgrund bezeichneten die Jugendlichen jedoch ihren Kampf für Selbstverwirklichung gegen wohlgemeinte soziale Kontrolle und Bevormundung.

Und als dann die ersten „Paten“ auftauchten, um den Jugendlichen in den besetzten Häusern zu helfen, da war das Mißtrauen unter den Hausbesetzern äußerst groß. So mancher dachte sich: „Jetzt kommen die Sozialarbeiter als Paten verkleidet und kämpfen um ihre Arbeitsplätze“. Und dieser Verdacht war schließlich gar nicht so falsch. Denn wo immer Jugendliche sich ein Stück Freiraum erkämpfen, da kommt nach ein paar Tagen die Sozialbürokratie und funktioniert Stück für Stück die Selbstverwaltungsprojekte in Sozialprojekte mit neuen Arbeitsplätzen um.

Wir sollten deshalb Willy Brandts Aufforderung, „im Zweifel für die Freiheit“, ernstnehmen und uns endlich einmal mit den selbstzerstörerischen Tendenzen in der modernen Sozialarbeit auseinandersetzen. Falls dies nicht geschieht, wird die Entfremdung zwischen einem immer größer werdenden Teil der Jugend und der Sozialdemokratie noch tiefer werden als sie heute schon ist.

Otto Ullrich

Die „Große Transformation“ (Polanyi), die vor etwa dreihundert Jahren begann, hat schrittweise alle Beziehungen, Motive und Tätigkeiten umgebaut in Anstrengungen zur Warenproduktion. Fast jeder ist mittlerweile darauf angewiesen, sich als „Arbeitskraft“ auf einem Arbeitsmarkt zu verkaufen und seine Bedürfnisse über den Kauf von Waren zu

befriedigen. Dieser materielle Produktivismus und Konsumismus hat schon eine Weile die Schwelle zur Kontraproduktivität überschritten: Die Schäden für Mensch und Natur sind weit größer als der Nutzen.

Die materiellen „Produktivkräfte“ in den überentwickelten Industrieländern haben das Maß ihrer vernünftigen Entfaltung überschritten. Die riesigen Mengen an Material, Energie und formalisierten Daten, die heute ständig beschleunigt durch das Sozialsystem gepumpt werden, verwandeln die Erdschätze in giftigen Müll und verschlechtern die Bedingungen für Freiheit und ein „gutes Leben“ dramatisch.

Wenn wir darüber nachdenken, wie wir in Zukunft leben wollen und überleben können, müssen wir diesen Sachverhalt ins Zentrum rücken. „Gegenwärtig gilt es, das an Leben und Menschlichkeit zurückzugewonnen, was der zwanghafte Produktionswahn zerstört hat. Unser Ziel kann es heute nicht mehr sein, die Waren- und Güterproduktion zu steigern. Unser Ziel muß es sein, dem Leben und der Menschlichkeit wieder Raum zu schaffen.“ (O. Lafontaine: Der andere Fortschritt, Hamburg 1985, S. 17). Industriell-ökonomische Abrüstung, drastische Verringerung aller Material- und Energiedurchsätze und Entschleunigung der Gesellschaft sind angesagt, wenn wir leben und überleben wollen, anstelle von „Modernisierung“, Steigerung internationaler Wettbewerbsfähigkeit oder Wettlauf um irgendwelche Hightechs.

Podiumsdiskussion

Gemeinsamer Fortschritt in Europa, möglich oder sogar nötig?

Thomas Meyer

„Gemeinsamer Fortschritt in Europa, möglich oder sogar nötig?“ heißt das Thema des heutigen nachmittags. Wir haben bei unserer Diskussion gestern und heute morgen an verschiedenen Stellen das Thema Europa berührt, und zwar immer dort, wo sich zeigte, daß fast alle die Probleme, die wir im Zusammenhang mit der Frage des neuen Fortschritts diskutieren, grenzüberschreitenden Charakter haben und die meisten deswegen im nationalen Rahmen weder sinnvoll diskutiert, noch praktisch gelöst werden können. Wir müssen daher die Frage stellen, ob die Diskussion über einen neuen Fortschritt in den europäischen Ländern, deren gemeinsames Handeln hier gefragt ist, in eine ähnliche Richtung geht. Brauchen wir in Europa in dem Raum, der durch gemeinsame Probleme betroffen ist, die durch gemeinsames Handeln gelöst werden müssen, einen Fortschrittskonsens, eine Übereinstimmung in den Fragen, die hier gestern und heute diskutiert worden sind?

Wir wollen die Gesprächsteilnehmer danach fragen, wie sie das sehen. Wir wollen auch gerne in Bezug auf die Fragen, die hier im Mittelpunkt standen, einen kurzen Bericht über den Stand der Diskussionen in diesen Ländern hören. Ich denke, es wäre für uns ebenso interessant, wenn wir aus der Perspektive anderer europäischer Länder eine Antwort und eine Beurteilung auf die Diskussion, die wir hier geführt haben, bekommen, um vielleicht unsere Diskussionsposition durch die Sicht anderer ein bißchen relativieren oder noch einmal neu überdenken zu können. Wenn ich das aufgreife, was Fritz Scharpf gestern zur Frage Europas sagte, denke ich, läuft all das, was wir hier diskutieren, auf die Frage hinaus, daß die Problemvernetzung in Europa eine Tatsache ist. Das wird kaum von irgend jemanden bestritten. Insofern läßt sich sagen, daß „Europa an sich“, die reale europäische Industriegesellschaft besteht.

Wie können wir aber zu einem „Europa für sich“ kommen, also zu einem Europa, das von seinen Zielen, seinen Handlungsorganisationen, seinen Kooperationsmöglichkeiten her, bewußt eine Politik des Fortschritts macht, die in den einzelnen europäischen Ländern gewollt ist. Eine Politik,

die dort auch diskutiert worden ist. Ich will nicht zu viele Fragen vorweg formulieren.

Ich stelle Ihnen die Diskussionsteilnehmer kurz vor. Ich fange zu meiner Linken an: Jean Marie Vincent ist Professor für Soziologie und Politik an der Universität Paris und ist, da er auch in Deutschland an der Universität Heidelberg gearbeitet hat, wohl mit den Diskussionen und Problemen hier auch vertraut, obwohl er die Diskussion hier am Vormittag und gestern nicht mitverfolgen konnte.

Zu meiner Linken Stig Malm, Vorsitzender des Schwedischen Gewerkschaftsbundes LO. Zu meiner Rechten Jevgeni Ambarzumov vom Institut für Wirtschaft des Sozialistischen Weltsystems aus Moskau, der sich mit Europa, mit der Bundesrepublik, mit den Diskussionen hier seit



Thomas Meyer

langem intensiv beschäftigt. Ich denke, es wird auch von besonderem Interesse sein, etwas zu hören über die Diskussion in der Sowjetunion, ob es da ähnliche Diskussionsrichtungen, ähnliche Zwischenlösungen gibt wie hier. Ich habe ein paar Fragen formuliert. Aber ich will jetzt nicht versuchen, jemanden darauf festzulegen. Wenn vielleicht Stig Malm aus seiner Sicht zunächst seine Meinung sagt.

Stig Malm (Schweden)

Ich bin hierher eingeladen worden als Vorsitzender des schwedischen DGB, aber ich bin auch Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokraten in Schweden. Wir haben ja diese Doppelrolle, und die Zusammenarbeit, die meiner Meinung nach die Voraussetzung und vielleicht Stärke der schwedischen Arbeiterbewegung ist, daß wir eine sehr nahe und intime Zusammenarbeit gerade zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Partei haben.

Ich bin auch, wie ich aus den Diskussionen des Vormittags entnommen habe, Vertreter eines langweiligen Landes, und das ist wohl richtig. Wir befinden uns zur Zeit in einer außerordentlich uninteressanten Situation, da wir die Arbeitslosigkeit abgeschafft haben, und das ist ja langweilig, weil wir deshalb nicht viel zu sagen haben.

Ich will mich nicht einmischen, wie Sie Ihr Parteiprogramm formulieren wollen, da jedoch Schweden einige Male erwähnt wurde, möchte ich jedoch mit einigen Worten eine sehr wichtige Frage darstellen.

Ich bekam den Eindruck, daß für viele hier die Arbeit ein notwendiges Übel ist. Wenn man eine Erwerbstätigkeit hat, so ist es ein notwendiges Übel, aber viele meinen auch, daß die Eigenarbeit ein notwendiges Übel ist. Ich muß sagen, daß es mir sehr schwer fällt, das zu verstehen. Was ist es für ein notwendiges Übel, in einem Krankenhaus zu arbeiten und Leben zu retten? Was ist es für ein notwendiges Übel, Lehrer zu sein und die Jugend zu unterrichten? Was ist es für ein notwendiges Übel, in der Landwirtschaft oder in der Lebensmittelindustrie zu arbeiten und uns mit Lebensmitteln zu versorgen oder was ist es für ein notwendiges Übel, Koch zu sein und im Dienstleistungsbereich zu arbeiten, wenn Du in ein Restaurant gehst?

Es fällt mir schwer, die Erwerbstätigkeit, die es gibt, als ein notwendiges Übel zu sehen. Es fällt mir auch schwer, die Eigenarbeit als notwendiges Übel anzusehen. Was ist es für ein notwendiges Übel, wenn man gemeinsam seine Kinder erzieht? Was ist es für ein notwendiges Übel, wenn man gemeinsam ein Heim aufbaut? Daß man die Arbeit zu Hause teilt? Es gibt sicherlich schlechte Arbeiten, aber die Arbeiten müssen verändert werden, statt daß man die Arbeit abschafft.

Ich finde, daß viele, die ihre Beiträge vorbrachten, sich wie die alten Griechen anhörten, die meinten, daß arbeiten etwas Schlimmes sei, es war so schlimm, daß man dafür Sklaven hielt, und das finde ich, ist ein eigenartiger Ausgangspunkt für eine Diskussion.

Die schwedische Situation ist, daß wir einen großen Mangel an Arbeitskraft haben. Unser großes Problem in Schweden ist, Arbeitskräfte zu finden. Das ist der Flaschenhals. Wir haben mehr offene Stellen als Arbeitslose. Diejenigen, die arbeitslos sind, befinden sich am falschen Ort. Die wenigen, die wir haben, sind 1,4 % Arbeitslosigkeit, und die befinden sich entweder am falschen Ort oder haben eine falsche Ausbildung, aber das werden wir korrigieren.

Was die Fragen der Arbeitszeitverkürzung betrifft, so ist die heutige Diskussion in Schweden etwas anders als hier. In den letzten zwei Jahren haben wir in Schweden die Arbeitszeit erhöht. Wir haben das gemacht, indem viele Teilzeitangestellte ihre Arbeitszeit verlängert haben, zur Ganzzzeit übergegangen sind. Wir haben gesehen, daß die Überstunden stark zugenommen haben, und wir diskutieren jetzt, ob man eine flexiblere Möglichkeit bei der Pensionierung einrichten soll, so daß man über die Pensionierungszeit hinaus arbeiten kann, da es uns schwer fällt, Arbeitskräfte zu bekommen. Wir überlegen uns jetzt, daß wir höchstwahrscheinlich aktiv gezwungen werden, Arbeitskräfte aus dem übrigen Europa zu importieren. Noch etwas über das Thema Arbeit, das mir wichtig erscheint, man spricht viel über die Arbeitszeit. Ich pflege die Menschen zu fragen, ob sie eigentlich wissen, wieviel man eigentlich arbeitet. Ich nehme an, das ist ungefähr das Gleiche in der Bundesrepublik Deutschland wie in Schweden.

Ein Durchschnittsmensch lebt ungefähr 650000 Stunden. Ich glaube, das ist ganz gut bemessen, 650000 Stunden. Aber die Frage ist, wieviele von den 650000 Stunden arbeitet man gegen Entgelt. Es gibt sehr

wenige, die so rechnen, aber ich habe es getan. Und wenn man durchschnittlich arbeitet, dann arbeitet man 63000 Arbeitsstunden in einem Leben. Das bedeutet, daß man weniger als 10 % seiner gesamten Lebenszeit arbeitet. Aber bedenke, wieviel Zeit für Diskussionen verbraucht wird, um diese 10 % zu verkürzen.

Darf ich noch etwas zu der Vollbeschäftigung sagen und in Relation zur Wirtschaft stellen. In Schweden haben wir vor langer Zeit den Nobel-Preis gestiftet, und man hat, meiner Meinung nach, einen großen Irrtum begangen, nämlich, daß man den Nobel-Preis für Wirtschaftswissenschaft eingerichtet hat. Deshalb, weil man der Wirtschaft die Bezeichnung Wissenschaft gibt, und Wirtschaft ist meiner Meinung nach keine Wissenschaft. Deshalb, weil Wirtschaft Politik ist und deshalb sollte man einen Nobel-Preis in Politik haben, und darüber hat noch niemand nachgedacht.



Stig Malm (Schweden)

Wenn man oft die Wirtschaft als Argument dafür verwendet, keine Vollbeschäftigung zu haben, dann stimmt eigentlich etwas an der politischen Ambition nicht. Es kommt darauf an, was man als Politiker als wichtiges Gebiet vorzieht. Wenn man sich als Politiker dafür entscheidet, die Wirtschaft für die Vollbeschäftigung zu verwenden, dann ist es möglich, das zu tun. Wenn man jedoch die Politik nicht dazu verwenden will, Vollbeschäftigung zu erreichen, dann kann man die Arbeitslosigkeit auf die Wirtschaft schieben. Allerdings können daraus gewisse Konsequenzen entstehen.

In Schweden haben wir zum Beispiel eine Inflation, die zirka $1\frac{1}{2}\%$ höher ist als die der OECD. Aber ich habe die Frage an viele Wirtschaftler, die ich auf dem Kontinent traf, gestellt, ob man nicht einen schrecklich teuren Preis für 1,5 % niedrigere Inflation mit 8 % höherer Arbeitslosigkeit zahlt. Eigentlich stellt sich die Frage ja da.

Eine letzte Bemerkung im Anschluß an die Debatte vom Vormittag, die möglicherweise als etwas provokativ aufgefaßt werden kann, aber ich glaube, daß es ein Risiko ist, wenn nach innen gerichtete akademische Denker, die Menschen Subjekte nennen, einen zu großen Einfluß bekommen, wenn man ein Parteiprogramm festlegt.

Dieser auf Elite eingerichtete Gesichtspunkt ist doch faktisch der Fluch der Linken seit vielen Jahren, und daraus sollten wir doch eine Lehre ziehen.

Ein paar Worte, worüber ich eigentlich sprechen sollte. Gibt es einen Grund, warum man eine gemeinsame Strategie für die Sozialdemokratie und Europa formulieren sollte? Das ist die Frage. Ist die Antwort auf diese Frage ja, wie soll dann eine gemeinsame Strategie aussehen? Ich bin leider skeptisch, ob uns das gelingt.

Der Grund dafür, daß es uns wohl kaum gelingen wird, ist, glaube ich, daß wir, wenn wir ein Programm oder eine Strategie bestimmen, einen Ehrgeiz haben, der dazu führt, daß wir uns in so viele Einzelheiten verstricken, daß wir vor lauter Einzelheiten die Strategie nicht mehr sehen.

Olof Palme und ich haben vor einigen Jahren zu einer Konferenz aufgerufen, wobei wir alle sozialdemokratischen Vorsitzenden aus Eu-

ropa und alle Gewerkschaftsführer für einige Tage nach Bommersvik baten, um zu versuchen, eine Strategie zu formulieren. Wir haben einige Arbeitsgruppen gebildet, die das Treffen vorbereiten sollten. Diese Arbeitsgruppen zusammen mit einigen Besprechungen, die wir hatten, resultierten in 5 kg Papiermaterial, und daraus ergab sich eigentlich gar nichts. Und da, glaube ich, daß unser Dilemma liegt, wenn wir unsere Strategien formulieren, daß wir uns in zuviele Details vergraben.

Wenn wir uns statt dessen anschauen, wie sich unsere Gegner formulieren. Wie formulieren sich die konservativen Kräfte? Statt 5 kg Material verwenden sie zwei A4 Papiere und formulieren ihre Strategien. Und die sind sehr einfach: die Steuern senken, größere Freiheit für das Kapital, weniger Einfluß für die Politik, den öffentlichen Dienst vermindern, die private Initiative anregen. Dann sagt man, ausgehend von diesen Richtlinien gehen wir nach Hause in unsere jeweiligen Länder und machen die Politik nach den Voraussetzungen, die für das jeweilige Land gilt.

Wenn wir uns treffen, dann haben wir den Ehrgeiz, Politik zu machen, die wir glauben, in allen Ländern verwenden zu können, die aber, wenn wir uns „zusammenkompromißt“ haben, in keinem Land anwendbar ist. Und deshalb glaube ich, daß es richtig ist, wenn wir nun eine Strategie formulieren – was ich glaube, daß es notwendig ist – daß wir für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung eine Strategie formulieren, die sehr deutlich ist.

Wir müssen unsere Ziele sehr deutlich angeben. Wir müssen das Problem sehr deutlich beschreiben, so daß wir die Menschen mitreißen, denn wenn wir die Probleme und Ziele nicht deutlich machen können, so daß viele Menschen es verstehen, so ist es sinnlos, daß wir versuchen das hier zu tun. Wenn wir die Ziele deutlich angegeben und beschrieben haben, dann müssen wir die Mittel ausweisen, die notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen. Und das müssen wir auf eine sehr einfache Art und Weise machen. Und wir dürfen nicht glauben, daß wir für alle Länder in Europa ein gemeinsames Programm machen können. Wir müssen ein Programm machen, daß danach an die vorhandenen Voraussetzungen angepaßt wird. Aber das Wichtigste ist, daß wir am selben Strang ziehen, was die grundlegenden politischen Fragen betrifft.

Ich glaube, daß es auch notwendig ist, wenn wir unsere Programme formulieren, daß wir vom einzelnen Individuum, vom Menschen, ausgehen. Deshalb können wir die Probleme nicht beschreiben, wenn der Mensch nicht in den Mittelpunkt gesetzt wird für unsere Art, die Politik zu beschreiben. Denn erst dann wissen die Menschen, worum es sich handelt. Wir haben eine Neigung, vieles in Macrotermen zu beschreiben, statt dem Einzelnen etwas zu erklären.

Die Politik ist ja da, um den Einzelnen zufriedener zu stellen, und da müssen unsere Ziele sozusagen von dem einzelnen Menschen ausgehen. Und das wesentliche Ziel, wenn wir von Fortschritten sprechen, muß doch wohl sein, daß, was wir wollen, Fortschritt für alle ist, im Gegensatz zu unseren politischen Gegnern, die Fortschritt nur für einige wollen. Ich finde, wenn wir unsere Politik formulieren, muß es immer für alle Menschen gelten. Und das ist ja die Basis für die sozialdemokratische Politik. Der andere Grund für unsere Politik muß sein, daß alle, die wollen, eine Arbeit haben sollen, und Arbeit ist – da stimme ich mit einem vorhergehenden Redner überein – für mich etwas mehr als Geld verdienen. Eine Arbeit zu haben, das bedeutet, sich gebraucht zu fühlen, das bedeutet, beim Aufbau der Gesellschaft dabei zu sein, das ist eine Möglichkeit, sich als Mensch zu entwickeln.

Wenn wir uns für diese beiden grundlegenden Fragen bestimmt haben, dann kommt die dritte, nämlich die gerechte Verteilung des Wohlstands, der geschaffen wird. Und hier haben auch sozialdemokratische Regierungen Probleme, nämlich den Wohlstand, an dessen Beschaffung alle beteiligt sind, auf eine gerechte Weise zu verteilen. Das ist ein Problem, das wir auch in diesem Land haben. Ich kann verstehen, daß es gigantische Probleme sind, wenn die Wirtschaft 60 Milliarden DM ausführt, die eigentlich in diesem Land investiert werden sollten.

Das ist keine gerechte Verteilung von dem, was man gemeinsam schafft. Der vierte Punkt, der meiner Meinung nach in einem solchen Programm enthalten sein sollte, das ist das Recht eines jeden auf soziale Sicherheit. Menschen sollten keine Angst zu haben brauchen. Angst vor dem Altwerden, Angst vor dem Krankwerden.

Sie sollen eine Gesellschaft haben, die sie nicht im Stich läßt, wenn sie sich in einer schwierigen Lage befinden. Und das Fünfte, das glaube

ich, ist die neue Herausforderung, das ist eine Möglichkeit, daß wir eine Politik machen sollen, die den Menschen die Möglichkeit gibt, ihre eigene Lebensqualität zu entwickeln. Lebensqualität, darüber ist viel gesprochen worden, und man hat dafür verschiedene Ausgangspunkte, und ich glaube, das ist richtig, weil die Lebensqualität etwas sehr Individuelles ist. Ich habe nach dem Ursprung des Wortes Lebensqualität gesucht. Der Ursprung liegt wie so oft, in Amerika. Der, der den Begriff zuerst lancierte, war ein Präsidentschaftskandidat namens Adeline Stevensen. Aber der das Wort Lebensqualität richtig bekannt machte, war Richard Nixon bei seiner Wahlkampagne für die Präsidentschaft. Ich verwende das Wort Lebensqualität, Richard Nixon benutzte das Wort Lebensqualität, der Unterschied zwischen Richard Nixon und mir ist, daß alle Menschen ein Recht auf Lebensqualität haben. Er meinte, daß nur gewisse Gruppen ein Recht auf Lebensqualität haben sollten.

Wenn wir eine solche grundlegende und einfache Politik formulieren und mit nach Hause nehmen und den jeweiligen Ländern anpassen können, dann glaube ich, daß wir Erfolg haben werden. Glaubt nicht, daß man das schwedische Modell nach Deutschland überführen kann. Aber seht es Euch gerne an und nehmt Euch das, was gut daran ist, aber vermeidet das, was schlecht ist. Viele Unternehmer in Schweden sind nach Japan gefahren und glaubten, daß man dort die Lösung der Probleme finden würde. Das ist genauso unsinnig, als wenn man an einem Samstagabend zu Hause sitzt und ein Puzzle legen würde, und es fehlt ein Stück im Puzzle und man glaubt, man kann zum Nachbarn gehen und anknöpfen und um ein Puzzlestück bitten und man glaubt, es würde passen. Das tut es nicht, davon können wir ausgehen.

Thomas Meyer

Wir haben durch die Zusammensetzung dieser Podiumsrunde schon deutlich gemacht, daß wir mit der Frage nach einem gemeinsamen Fortschritt in Europa nicht lediglich das EG-Europa meinen. Ich möchte deswegen Jewgeni Ambarzumow fragen, wie die Diskussion in der Sowjetunion über die Fragen, die wir hier mit unserem Konzept des neuen Fortschritts verbinden, aussieht, welche Chancen für gemeinsame Konzepte, für Kooperationen er sieht. Vielleicht kann er uns ein biß-

chen berichten, wie der Stand der Diskussion dort ist und wie unsere Diskussion hier dort gesehen werden. Welche Aussichten für Zusammenarbeit in diesen Fragen besteht nach Auffassung der sowjetischen Kollegen?

Jewgeni Ambarzumow (UdSSR)

Zuerst möchte ich mich herzlich bei den Organisatoren dieses Forums, insbesondere unserem Gastgeber, Genossen und Kollegen Oskar Lafontaine für die Möglichkeit bedanken, daß ich hierher kommen konnte, um an diesem Forum teilzunehmen. Meine Partei hat mir dabei geholfen, sehr schnell alle Formalitäten für die Ausreise zu erledigen. Doch spreche ich hier nicht im Namen meiner Partei, sondern in meinem eigenen Namen als Wissenschaftler und Beobachter. Ich hoffe allerdings, daß meine Meinung der Meinung vieler meiner Mitbürger entspricht. Trotzdem möchte ich wiederholen, daß ich Wissenschaftler bin und hier meine eigene Meinung vertrete.

Zuerst möchte ich ein paar Worte über den Programmentwurf der SPD sagen. Ich würde es taktilos finden, den Text ausführlich zu untersuchen: das ist meines Erachtens Ihre Sache. Aber was meiner Meinung nach nötig ist, ist dem Problem unserer „Perestroika“ und ihrer Folgen auf Weltebene mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Denn das ist vielleicht das Hauptelement der Änderungen, die zur Zeit in der internationalen Arena vor sich gehen.

Bei uns wird jetzt von vielen Menschen diskutiert, ob wir in der Vergangenheit den richtigen Weg gegangen sind und uns zur Zeit auf dem richtigen Weg befinden. Man stellt nicht die Wahl, die wir 1917 gemacht haben, in Frage, aber den Weg. Die Wahl, so meint die Mehrheit der Bevölkerung war richtig. Es fragt sich aber, ob wir danach wirklich den Sozialismus aufgebaut haben.

Viel ist geändert worden, auch während unserer Perestroika, unsere Umwandlung, die erst seit einigen Jahren vor sich geht. Sie wissen, daß Gorbatschow erst vor drei Jahren ans Ruder gekommen ist. Aber schon jetzt handelt es sich um den Wandel an Richtpunkten unserer Entwicklung. Erst war man der Meinung, daß alles Übel aus der Ver-



Jevgeni Ambarzumov (UdSSR)

langsamung des Wachstumstempes der Produktion käme und daß wir nur mit ökonomischem Wachstum der Modernisierung der Produktion alle unsere Probleme lösen können. Deshalb hatte man zuerst die Bedeutung des technischen Fortschritts, der technischen Entwicklung betont. Deshalb galt es zuerst, die Losung der „Beschleunigung“ auszugeben. Aber die Losung der Umwandlung hat jetzt diese Losung der Beschleunigung beiseite geschoben.

Obwohl auf dem 27. Parteitag in erster Linie das Wachstum des Produktionstempes in den Vordergrund gestellt wurde, ist das im Grunde schon veraltet. Immer mehr Ökonomen und andere Spezialisten kommen zu dem Schluß, daß man die Umwandlung in der Produktions-

phäre als Hauptziel braucht. Dabei bleibt die größere Produktion der Lebensmittel und Konsumgüter höchst wichtig, denn unser Niveau in diesem Bereich ist sehr niedrig, viel niedriger als in den West-Ländern, aber auch viel niedriger als in den sozialistischen Nachbarländern. Die Ursache dafür ist die Bedeutung, die in der Sowjetischen Wirtschaft der Schwerindustrie beigemessen wurde, d.h. die in diesem Industriebereich zu hohe Akkumulationsnorm. Einige Ökonomen meinen, daß bis in den letzten Jahren die Akkumulation etwa ein Drittel des Nationalprodukts ausgemacht hat.

Aber es geht nicht nur darum. Die Umwandlung betrifft immer mehr die Ökologisierung der Produktion. Ich glaube unsere Mängel kommen nicht nur von unserer Praxis oder von der unterentwickelten Struktur der Produktion, die wir auch vom zaristischen Rußland geerbt haben, sondern die Schwierigkeiten kommen auch teilweise aus der Marxschen Theorie, derzufolge der Mensch die Natur bewältigen mußte. Sie kommt aber auch teilweise von der rationalen Tradition von Descartes und Francis Bacon. Ich erinnere mich an einen Satz von Bacon im „Neuen Organon“, wo er in etwa sagte: „Was vom Menschen gemacht werden kann, muß und darf gemacht werden.“

Wo sind wir angelangt. Wir haben einen enormen Sprung in unserem Lande getan. Wir haben den schwierigsten Krieg gewonnen. Wir haben die Industrialisierung durchgemacht. Aber es stellt sich die Frage: Zu welchem Preis? Heutzutage gibt es bei uns ganze ökologische Notregionen wie die Steinkohleregion oder Zentralasien, wo die Kultivierung der Baumwolle alle anderen Produktionsphären und auch die Kultur beeinträchtigt hat und auch die Gesundheit des Volkes.

Eine der Ursachen waren undurchdachte Beschlüsse nicht nur der ökonomischen Technokraten sondern auch der Partei. Einige lokale Parteileader, wie beispielsweise der ehemalige Leader der turkmenischen Partei, sind schuld daran, daß es keinen kaspischen Meerbusen „Karabogas“ gibt. Man hat ihn mit dem Damm gesperrt und in drei Jahren war der Meerbusen verloren gegangen. Jetzt, dank der Perestroika, der Umwandlung, kommt die demokratische Bewegung auf die Bühne. Ihre Vorgänger waren die Schriftsteller, die ihre Funktion wie viele der russischen Schriftsteller, zum Beispiel Tolstoj und Dostojewsky, darin sahen, das Gewissen der Gesellschaft zu sein. Jetzt gibt es bei uns Massenbewegungen, sogenannte informelle Bewegungen,

die unter anderem auch gegen den Aufbau einiger Industriebetriebe und Flußdämme antreten. Sie organisieren Massenmanifestationen, Streiks usw., um die Produktion die Lebensweise selbst zu ökologisieren. Darüber sprechen auch die Zeitungen, das wird vom Fernsehen gezeigt, was früher unmöglich war. Das widerlegt meines Erachtens die These des Irseer Entwurfs über die mangelnde individuelle Verantwortlichkeit und verknöcherte Herrschaftsstrukturen in den kommunistischen Ländern. Verknöchert sind sie wirklich, aber nicht so stark wie früher. Die alten Strukturen haben sich als reformunfähig erwiesen, aber nicht die sozialistische Gesellschaft, nicht das Volk, das eher reformdurstig ist. Heutzutage ist die Ökologie, die Zivilisierung der Technologie, verflochten mit der Demokratisierung, die Bedingung der Ökologisierung der Gesellschaft ist. Sie verhindert bzw. reduziert die Schere zwischen Demokratie und Sozialismus.

Ich habe die Materialien ihrer Partei gelesen und mir liegen insbesondere die Gedanken von Oskar Lafontaine sehr am Herzen: Wir müssen ehrliche Antworten auf die Probleme unseres Daseins geben. Oskar Lafontaine kritisiert das schöne Paradies, worüber wir oft gesprochen haben. Seien Sie aufmerksam: Heutzutage sprechen wir, die sowjetischen Kommunisten, viel weniger über den Kommunismus. Meines Erachtens ist diese Doktrin überholt. Was wir brauchen, das ist ein normaler menschlicher Sozialismus. Ich würde sagen, wir versuchen, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz aufzubauen. Ich fürchte diesen Ausdruck, den Tschechoslowakischen Ausdruck, nicht.

Zu oft haben unsere früheren Parteileader unehrliche Antworten gegeben. Auch unsere Gesellschaftswissenschaftler waren zu oft unehrlich, wenn sie über unsere Gesellschaft sprachen.

Was für uns im Vordergrund stehen muß, das ist die Rolle der Freiheit. Denn in unseren Doktrinen war dieser Begriff oft vernachlässigt. Jetzt nach all diesen Erinnerungen über Stalin und Stalinismus, nach all dem, was wir heute wissen, sehen wir, daß niemals die Freiheit vernachlässigt werden darf.

Ich möchte dazu einige Thesen formulieren: Was unsere Entwicklung beeinträchtigt hat, das war der Staatssozialismus, durch den der Werktätige den Geschmack für die Arbeit verloren hat, die Unternehmungslust, die Unabhängigkeit. Auf den Druck des Staates hat er mit

Nachlässigkeit, mit Vergeudung von Naturschätzen – die laut der Marxschen Theorie keinen Wert hatten – geantwortet. In diesem Zusammenhang ein Hinweis zu Tschernobyl: Wir können die Ursache von dem Unfall in Tschernobyl in der Nachlässigkeit und Verantwortungslosigkeit der Arbeiter und auch der Chefs sehen. Aber das ist auch ein Resultat der Technik, die sich auch im Westen entwickelt hat. Darin bin ich übrigens nicht mit den Ausführungen von Herrn Henkel einverstanden, der gestern sehr brillant über dieses Thema gesprochen hat.

Zum Abschluß möchte ich noch etwas zur Zusammenarbeit in unserem ob es jemandem gefällt oder nicht – gemeinsamen europäischen Haus sagen. Denn wir haben eine gemeinsame europäische Kultur, die im selben Maße ohne Bacon oder Descartes, ohne Goethe und Einstein, wie auch ohne Tolstoi und Dostojewski unmöglich wäre. Heutzutage sind wir mit der Revision nicht nur unserer Geschichte beschäftigt, die sehr wichtig ist, der Revision im ethischen Sinne des Wortes, sondern auch mit der Revision der Lehren der Geschichte der Arbeiter und der Demokratischen Bewegung auch von Marx und Bernstein bis zu Lenin und Gorbatschow.

Wir haben, glaube ich, Gründe genug, um Euro-Optimisten zu sein. Ich glaube an die Möglichkeit der Unterstützung unserer Perestrojka durch Länder des Westens: das wäre nicht nur eine finanzielle Hilfe an sozialistische Länder – obwohl wir diese Hilfe brauchen – sondern meines Erachtens in der Hauptsache eine Hilfe, unsere Möglichkeiten zu ergründen und zu realisieren, die enormen Potenzen unseres Landes auch der sozialistischen Nachbarländer, in die Wirklichkeit umzusetzen. Hier können uns linke Kräfte Westeuropas behilflich sein.

Erstens, weil sie dabei dem Werden eines neuen Sozialismus helfen, der antistalinistisch ist und sein wird und der dabei gefahrlos und nützlich für die ganze Menschheit ist.

Zweitens, weil die linken Kräfte Europas, die Sozialdemokratien Europas verbunden sind mit dem initiativreichen Teil der Gesellschaft. Ich meine die Wissenschaftler, die Fachleute, die kleinen und mittleren Unternehmer, die Arbeiter, qualifizierte Arbeiter. Alle diese Schichten können direkte Verbindungen zu den Schichten unserer Gesellschaft herstellen. Ich meine, es steht vor uns ein enormes „Joint Socialist Venture“.

Thomas Meyer

Ich glaube, das war sehr eindrucksvoll wie der Euro-Sozialismus nicht nur in Bekenntnisform vorgetragen wurde, sondern es wurde gezeigt, daß in der Sowjetunion eigentlich dieselben Themen diskutiert werden, die bei uns in Westeuropa auch diskutiert werden. Damit haben wir auch eine Begründung für dieses Bekenntnis zum Euro-Optimismus erhalten.

Die Frage ist ja die nach der Notwendigkeit und nach der Möglichkeit des gemeinsamen Fortschritts in Europa im Ganzen. Ich würde die Frage gerne ein bißchen zuspitzen. Es erschien vor zwei Jahren ein Buch in Frankreich von Brigitte Sauzay unter dem Titel „Le Vertige Allemande“ „Der deutsche Taumel“. Die Hauptthese in diesem Buch, das wohl, so weit ich weiß, eine große Verbreitung in Frankreich hatte, war, daß diese Diskussion, wie wir sie hier seit sechs, sieben Jahren in der Bundesrepublik, geführt haben, eigentlich um Fragen geht, die ernsthaft und rational gar nicht zur Debatte stehen bei der heutigen Entwicklung der Industriegesellschaften in Europa. Es handle sich letztlich nur um das erneute Hochkommen einer alten romantischen Tradition in Deutschland. Ist diese Stimme, ist dieses Urteil kennzeichnend für eine französische Sicht der deutschen Diskussion oder für den Stand der französischen Diskussion? Wie beurteilen Sie das?

Jean-Marie Vincent (Frankreich)

Ich werde Ihre Frage nicht direkt beantworten, sondern indirekt: Giraudoux hat in seinem Schauspiel Siegfried einen scharfsinnigen Scherz geschrieben: die Korsen sind die einzigen Franzosen, die bemerkt haben, daß Frankreich eine Insel ist. Deswegen sind sie mehrheitlich zu Zollbeamten geworden. Ich meine, meine Intervention wird zum Teil ein Stück Selbstkritik der Franzosen sein. Ich meine, bis vor kurzem gab es in Frankreich eigentlich keine Diskussion über den Fortschritt oder über die Probleme des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Es gibt jetzt aber einige Ansätze oder erste Anzeichen einer Diskussion über diesen Fragenkomplex, und insofern gibt es damit die Möglichkeit, Ihre Frage indirekt zu beantworten.



Jean-Marie Vincent (Frankreich)

Nach einem anfänglichen richtigen Rausch über die Computerrevolution Anfang der 80er Jahre gibt es jetzt in Frankreich Fragen, viele Fragen. Fragen insbesondere über diese Religion des technischen Fortschritts, die dominierend war in Frankreich in den 60er Jahren und auch in den 70er Jahren. Ich werde einige Beispiele erwähnen und die sind meiner Meinung nach sehr lehrreich. Z. B. das Hauptthema der Regierung von Rocard ist z. Z. „weniger, aber besser“. D. h., man muß die Probleme so behandeln, daß man die Probleme ganz konkret und bescheiden anfaßt, und insofern will die Regierung Rocard nicht mehr die Zukunft so mahnen, als sollte die Zukunft immer besser sein als die Gegenwart oder als die Vergangenheit. Ich finde, das ist eine Art intellektuelle Revolution, obwohl ich persönlich alle die Taten der Regierung Rocard gar nicht billige, finde ich, es ist trotzdem viel besser, so zu

sprechen, als großmälig die Zukunft so zu malen, als ob sie immer besser sein wird als die Gegenwart. Das Thema gilt also allmählich auch in Regierungskreisen; das Thema der Kontrolle des Fortschritts, und damit beginnt das Problem auch, öffentlich diskutiert zu werden.

Ein Ansatz einer neuen Haltung, was den technischen Fortschritt betrifft, ist auch die Krise des Gaullismus als Ideologie. Der Gaullismus war natürlich eine konservative Ideologie, aber der Gaullismus war eine Art moderner Konservatismus und der Gaullismus war für nationale Planung, war für Beherrschung der wirtschaftlichen Mechanismen durch die Intervention des Staates, und diese Ideologie des Gaullismus ist jetzt am Sterben. Das wurde bemerkbar bei den letzten Präsidentschaftswahlen und das merkt man auch in der Debatte der gaullistischen Partei zur Zeit, der RPR, mit der Bildung dieses Flügels der „renovateurs“. Ich meine, das ist sehr symptomatisch für die ideologische und intellektuelle Entwicklung in Frankreich. Diese Krise des Gaullismus ist auch eine Krise der konventionellen Auffassung des Fortschritts, den es in der französischen Gesellschaft gab und jetzt, kann man sagen, ist es sicher, daß sich viele Leute jetzt Fragen stellen über die Möglichkeiten des Fortschritts im allgemeinen und insbesondere über das Problem des Fortschritts in der Wirtschaft und auch sogar in der Kultur.

Es gibt auch ein anderes Zeichen für diese Krise der gewöhnlichen oder der traditionellen Auffassung des Fortschritts, das ist die Herausforderung des sogenannten Horizonts von 93. Darüber wird in Frankreich viel diskutiert, d. h. über den gemeinsamen Markt.

Das ist insofern wichtig, weil der Horizont 93 die alte Auffassung des Nationalstaates in Frage stellt. Der französische Nationalstaat war der Staat einer Insel, und jetzt merkt man in Frankreich, daß die Insel mitten in einem Kontinent steht, d. h., daß sie keine Insel ist.

Ein ganz konkretes Beispiel: Vor kurzem hat Michel Rocard eine Erklärung abgegeben, in der er die Auffassung der Brüsseler Kommission über die Steuerreform in Europa kritisiert. Rocard hat die Mehrwertsteuern in Frankreich verteidigt und es gab eine Polemik mit Delors, und am Ende hat man bemerkt, daß Rocard selber seine eigenen Kritiken Delors gegenüber zurückgenommen hat. Ich finde, das ist auch

sehr symptomatisch für ein neues Benehmen in vielen Fragen, ich meine, da der Nationalstaat nicht mehr so stark wirkt oder nicht mehr so stark erscheint, muß man sich auch mit anderen Realitäten abfinden. Man kann nicht mehr sagen, wo es eine Frage gibt, dann ruft man den Staat. Und ich glaube, das ist eine Art, wenigstens für die nächste Zukunft, eine Art intellektuelle Revolution oder kulturelle Revolution.

Noch einige Beispiele ganz konkret: Seit einigen Tagen gibt es eine Diskussion über den Bau des Flugzeugs Rafale, d. h., das ist die franz. Version für den Europa-Jet, für den „Jäger 90“ und bei dieser Diskussion hat man bemerkt, daß die Finanzmittel Frankreichs nicht genügen, um gleichzeitig das Flugzeug Rafale, einen Flugzeugträger, A-omflugzeugträger plus neue Panzer, Hubschrauber usw. zu bauen. D. h., mit dieser Diskussion wird auch diese militärische Industrie, die bis jetzt so stark war in Frankreich, in Frage gestellt. Ich meine, das sind natürlich erste Anzeichen oder erste Ansätze, aber ich meine, im allgemeinen merkt man in Frankreich, daß die Leute natürlich nicht so optimistisch sind, was den Fortschritt betrifft, was nicht bedeutet, daß sie gegen den Fortschritt im allgemeinen sind, sondern, daß sie sich Fragen stellen über die konkreten Aspekte des Fortschritts. Ein Problem ist z. B., wie kann man die Staatsausgaben bewältigen? D. h., die Diskussion zur Zeit ist nicht die Diskussion, wie sie sie vor zwei Jahren gab unter Chirac: Man will nicht im allgemeinen Staatsausgaben vermindern, sondern man will die Staatsausgaben besser verwenden. Eine bessere Verwendung der Staatsausgaben für den technischen Fortschritt, aber für einen Fortschritt, den man wirklich bewußt ausgewählt hat. Beispiel dafür ist auch eine Diskussion z. Z., über die Sozialwohnungen. Was macht man mit den Sozialwohnungen, die in den 60er und 70er Jahren gebaut wurden und die jetzt praktisch nicht mehr bewohnbar sind? Was macht man damit? Soll man sie zerstören oder wieder instandsetzen? Was muß man später für den ganzen sozialen Wohnungsbau machen, und das ist eine ganz neue Diskussion in Frankreich.

Aber viel interessanter scheint mir auch, daß die Leute jetzt sich sehr dafür interessieren, daß man Wissenschaft, Forschung, Bildung, Hochschulwesen in den Vordergrund stellt. D. h., es ist nicht mehr das Staatsinteresse im allgemeinen, sondern man muß ganz konkrete Pro-

jekte, Ziele haben, damit man die besten Effekte erzielt, und die Leute sind nach der letzten Präsidentschaftswahl jetzt überzeugt, daß Wissenschaft, Forschung, Bildung, Hochschulwesen viel wichtiger sind als die ganz großen Projekte des Militärs, und das ist auch etwas ganz Neues in Frankreich.

Die Idee, daß die Staatsausgaben in dem militärischen Sektor später positive Ergebnisse haben für die ganze Wirtschaft, ist jetzt in Frage gestellt, und das ist auch etwas ganz Neues.

Ich muß auch erwähnen, daß es jetzt wieder eine Diskussion gibt über die Verkürzung der Arbeitszeit. Die gab es natürlich Ende der 70er Jahre oder Anfang der 70er Jahre, aber nach der Krise, besonders nach 76, hat man sie nicht mehr gehabt, und als Mitterrand gekommen ist 1981, hat er natürlich die Arbeitszeit verkürzt auf 39 Stunden in der Woche, aber bald danach unter dem Druck der wirtschaftlichen Probleme hat man das völlig fallen gelassen. Aber jetzt gibt es wieder eine Diskussion über die Möglichkeit einer Arbeitsverkürzung und auch über die Möglichkeiten der Arbeitsverteilung. Hier muß man die soziale Arbeit verteilen.

Ich kann erwähnen, daß jetzt in diesen Tagen ein Buch von André Gorz erscheint über das Problem unter dem Titel „Umwandlungen der Arbeit“. Ich kann schon sagen, daß das Buch bestimmt viel diskutiert werden wird. Was man auch erwähnen kann, in den letzten Monaten, das sind die Ansätze auch einer veränderten Auffassung der nationalen Kultur. Soweit ich mich erinnern kann, hat Glucksmann vor einem Jahr ein Buch unter dem Titel, unter dem unglaublichen Titel „Descartes c'est la France“ veröffentlicht. Unter dem Motto: der kritische Geist von Descartes. Das ist typisch für Frankreich.

Aber jetzt merken viele Franzosen, daß die kulturelle Geschichte Frankreichs in den letzten Jahren sich nicht besonders auszeichnet durch den kritischen Geist. Viele Leute sehen auch, daß es Phänomene der Internationalisierung der Kultur gibt. Ich sehe sehr vielversprechende Anzeichen in der Vermehrung der Übersetzungen in Frankreich. Bis vor kurzem war Frankreich ein Land, wo man wenig übersetzt hat im Vergleich zu Deutschland oder Italien. Aber jetzt, eine ganz neue Erscheinung, die Bücher von Habermas, werden sehr schnell übersetzt und veröffentlicht in Frankreich. Damit will ich nicht sagen,

daß Habermas der beste Autor ist, den es in der Bundesrepublik gibt, aber ich meine, daß es trotzdem sehr interessant ist, daß sich die Leute vielmehr für das Denken in anderen Ländern interessieren. Diese Anzeichen gibt es auch für die Übersetzung von Texten aus der UdSSR.

Diese neuen Anzeichen findet man auch in der Außenpolitik. Die letzten Erklärungen von Dumas als Außenminister haben so etwas wie die ersten Aspekte einer französischen Ostpolitik gezeichnet, aber das sind natürlich nur Ansätze. Aber ich meine, damit gibt es in Frankreich so etwas wie ein allmähliches Bewußtwerden der Probleme des Fortschritts. Nur natürlich wäre es zu optimistisch, zu sagen, daß damit die wichtigsten Fragen geregelt sind. Ich glaube sowieso, die sind auch nicht geregelt in Deutschland oder in der UdSSR.

Es wird also noch einen langwierigen Weg für die Kontrolle des Fortschritts geben in Frankreich, und ich meine, wenn man ehrlich sein will, muß man auch die Bremsklötze erwähnen, die es gibt z. Z. für eine neue Auffassung des Fortschritts. Und diese Bremsklötze finde ich in Frankreich im französischen Individualismus. Die Dimension der kollektiven Aktion wird z. Z. kaum in Betracht gezogen, unter anderem wegen der Krise der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, die meiner Meinung nach viel tiefer ist als in der Bundesrepublik und auch wegen einer eigentlichen Krise in Frankreich. Das ist die Krise der kommunistischen Partei Frankreichs, die bis vor kurzem eine sehr wichtige Rolle gespielt hat in den verschiedenen kollektiven Aktionen.

Nach einer Untersuchung von mehreren Zeitungen in Frankreich z. B. über die Krise der CGT weiß man, daß die CGT wahrscheinlich jetzt nur noch 600 000 Mitglieder hat. Noch vor zwei, drei Jahren hatte die CGT offiziell noch über 2 Millionen. Sie haben offiziell 3 Mio. angegeben. Aber das war Angeberei. Aber daß sie mehr als 2 Millionen Mitglieder hatte, war ziemlich wahrscheinlich. Jetzt hat die CGT unter 1 Mio. Mitglieder und das ist, finde ich, gravierend.

Gravierend ist auch die Krise der CFDT. Scheinbar gibt es keine Krise in der CFDT und die Nachfolge von Meire ist schon geregelt. Aber unter der Oberfläche gibt es auch riesige Probleme. Ebenfalls in Force Ouvrière, ebenfalls in der FR, und ich meine, in Frankreich ist die Dimension der kollektiven Aktion wirklich ein großes, riesiges Problem,

denn ich meine, Fortschritt ohne Demokratie gibt es nicht. Und Fortschritt ist unzertrennbar von Demokratie.

Also das Hauptproblem ist, wer entscheidet darüber, was Fortschritt ist? Und wenn nur die verschiedenen staatlichen Gremien oder die verschiedenen beruflichen Verbände über Fortschritt entscheiden, dann gibt es im Grunde genommen keinen Fortschritt, und das ist, glaube ich, wahrscheinlich das schwerwiegende Problem, das es in Europa gibt z. Z. und insofern gibt es meiner Meinung nach, sehr interessante Sachen in den östlichen Ländern, in der UdSSR. Denn diese Dimension der kollektiven Aktion in der Demokratie ist dort, meiner Meinung nach, in der Diskussion.

Ich will nicht sagen, daß das Problem geregelt ist, aber wenigstens gibt es eine sehr interessante Diskussion, und die ist meiner Meinung nach auch sehr lehrreich für uns in Frankreich und auch für uns in Europa, in Westeuropa.

Thomas Meyer

Wir haben in der ersten Diskussionsrunde einige sehr interessante Berichte über den Stand der Diskussion in den drei Ländern, die hier repräsentiert sind, gehört. Wir haben ja heute die Situation, daß nicht nur Differenzen in der Diskussion zwischen den einzelnen europäischen Ländern zur Debatte stehen. Wir hatten in den ersten zwei Jahrhunderten Fortschritt nach Beginn der industriellen Revolution zwischen den verschiedenen politischen Kräften in unseren Ländern zwar viele Kontroversen über soziale Gerechtigkeit, über die Organisation der Wirtschaft, über die Demokratie, über die Verteilung und vieles andere mehr. Wir haben aber jetzt zum ersten Mal seit einigen Jahren den Konsens über den Fortschritt selber, über die technisch wirtschaftliche Entwicklung, der zwischen den verschiedenen politischen Kräften in den Ländern bestand, nicht mehr. Wir haben eine Diskussion in allen europäischen Ländern, auch wenn sie in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt ist. Ich möchte deswegen gerne noch einmal eine kurze Antwort auf die Frage, wie sieht es aus der Sicht Ihrer Länder damit aus? Ist es möglich, in diesen Fragen, die wir hier diskutieren, Gestaltung des technischen Fortschritts, ökologische Umgestaltung, Zukunft der Arbeit, Selbstbehauptung der europäischen Kul-

tur gemeinsame Ziele in Europa zu formulieren? Und gibt es Möglichkeiten, diese gemeinsamen Ziele, wenn sie formulierbar sind, dann auch in ein gemeinsames Handeln europaweit umzusetzen?

Stig Malm, wenn Sie vielleicht zu dieser Frage etwas sagen können.

Stig Malm (Schweden)

Ich muß – leider Schwedisch sprechen, was Ihnen vielleicht Kummer bereitet, aber es muß sein.

Wir hatten heute morgen eine Diskussion beim Frühstück, wie man das hier machen sollte, und ich bin gegen die Diskussion, daß man gemeinsame Zielsetzungen für die Länder in Europa haben soll. Ich glaube, daß man gemeinsame Zielsetzungen für Ideologien in Europa haben kann. Nicht nur, daß wir gemeinsame Zielsetzungen haben



müssen, jedoch von den ideologischen Grundvoraussetzungen, nach denen wir arbeiten, ausgehend. Das müssen wir haben, weil die meisten der Probleme, auf die Du hinweist, gerade internationale Probleme sind.

Aber die Umweltfrage ist kein nationales Problem. Das ist im allerhöchsten Maße, um eine der Fragen zu nehmen, ein Problem, wo wir eine Strategie brauchen. Und da glaube ich also, daß eine Strategie betreffend die Verbesserung der Umwelt, wenn ich dies als Beispiel nehme, zum Beispiel von der Linken in Europa eine Lösung gefunden werden muß. Ich glaube nicht, daß man eine gemeinsame europäische Lösung formulieren kann. Genau aus den gleichen Gründen wie die Diskussion über den Umweltschutz, die man in den jeweiligen Ländern hat. Die großen Unterschiede, die es trotz allem gibt, sie spiegeln mehr eine Rechts-Linksskala wider als das Umweltproblem als solches.

Und deshalb glaube ich also, wenn wir uns darüber unterhalten, gemeinsame Strategien zu formulieren, so müssen wir das von den politischen Grundeinstellungen, die wir vertreten, abhängig machen. Und dann glaube ich, wir können formulieren, und wir müssen gemeinsame Strategien formulieren können, um die Probleme zu lösen. Das tun nämlich unsere Gegner. Die konservativen Kräfte sagen, daß die Umweltprobleme von den Wirtschaftskräften gelöst werden. Das sagen die Konservativen in Schweden, in Deutschland, in Frankreich, während wir nicht glauben, daß die Wirtschaftskräfte die Umweltprobleme, vor denen wir stehen, lösen können. Und deshalb glaube ich, daß wir von politischen Ausgangspunkten aus unsere gemeinsamen Strategien für Europa formulieren sollen.

Thomas Meyer

Wir haben eine Menge Fragen noch nicht angerissen, die eigentlich für unsere Diskussion nach europäischen Handlungsformen von besonderer Bedeutung wären. Vielleicht kann ich dieselbe Frage, die ich vorher formuliert habe noch mit der Zusatzfrage verbinden.

Ist die europäische Einigung im Rahmen der EG, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eigentlich so, wie sie jetzt verläuft, so wie sie

geplant ist, ein Hindernis für eine gesamteuropäische Kooperation oder verbessert sie die Chancen einer gesamteuropäischen Kooperation in diesen Fragen.

Stig Malm

Man darf nicht der Auffassung sein, daß die gewerkschaftliche Bewegung, was Europa und die EG betrifft, nichts tut. Sowohl auf dem Niveau der europäischen Gewerkschaften als auch in den verschiedenen Branchen, aber es wird auch etwas in den einzelnen Unternehmen getan. Wir können ja jetzt sehen, wie sich verschiedene Konglomerate verbreiten. Und da wird sehr viel an gewerkschaftlichen Fragen gearbeitet.

Aber ich glaube, wir müssen uns über eines im klaren sein: wir werden gewerkschaftlicherseits nie mehr Einfluß bekommen als unsere eigene Stärke ist. Und die Wahrheit ist ja die, daß während ziemlich vieler Jahre die Gewerkschaftsbewegung in der Defensive gelandet ist. Sie wurde in einem Land nach dem anderen zurückgeschlagen, die Mitgliederzahl sinkt, der politische Einfluß sinkt, überhaupt kann man sehen, wie die Gewerkschaftsbewegung zurückgedrängt worden ist. Und dann auch noch glauben, daß man einen größeren Einfluß bekommen soll, nur weil man über die Grenzen hinaus in Europa zusammenarbeitet! Wir werden nicht stärker als wir national sind, auch auf internationaler Ebene nicht. Und deshalb müssen wir anfangen, von Grund auf aufzubauen. Und deshalb glaube ich, es ist wichtig, die Gründe zu betrachten, weshalb sich die gewerkschaftliche Bewegung auf dem Rückgang befindet.

Genau so, wie sich die sozialdemokratische Bewegung in Europa ernsthaft überlegen soll, weshalb sie in den meisten Ländern auf dem Rückgang ist. Man muß also analysieren, was die Ursache dazu ist. Gewerkschaftlich gesehen kann man sagen, daß eine der Ursachen ist, daß wir in praktisch jedem Land eine enorm große Arbeitslosigkeit haben. Und das ist klar, daß eine hohe Arbeitslosenrate eine Grundursache für die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung ist. Und für diese Theorien hat ja Friedman den Nobelpreis erhalten, nämlich die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen zu lassen, um die Rolle der Gewerkschaftsbewegung zu schwächen und die Wirtschaftskräfte freier zu lassen. Das hat man getan.

Man hat also in vielen Ländern die Arbeitslosigkeit in die Höhe gehen lassen so bald wir verstärkte reaktionäre Kräfte gegen uns hatten, sowohl politisch als auch auf der Arbeitgeberseite, die jahraus jahrein eine mehr oder weniger organisierte Kampagne gegen die Gewerkschaftsbewegung betrieben haben.

Leider muß ich hinzufügen, gibt es sogar sozialdemokratische Politiker, die in diesen Chor eingestimmt haben und kritisch gegenüber der Gewerkschaftsbewegung eingestellt sind. Aber was ich sagen will ist, daß wir nie stärker werden können als die Basis, die wir national haben. Haben wir eine schwache Basis mit schlechtem Einfluß in den verschiedenen Ländern, dann werden wir nicht stärker, wenn wir uns auf europäischem Niveau organisieren.

Darf ich jetzt eine Frage anschnneiden, die selten erscheint und besprochen wird, es betrifft den derzeitigen Aufbau der EG. Sehr viel Kraft, das heißt alle Kraft wird jetzt verwendet, um die EG aufzubauen. Auf irgendeine Weise wurden die politischen Gegensätze, und die gibt es ja zwischen rechts und links, zur Seite gelegt, weil die Kräfte für den gemeinsamen Aufbau der EG gebraucht werden. Und hat man eigentlich an die Konsequenzen gedacht? Man legt die politischen Gegensätze zur Seite, um einen Markt aufzubauen, der beinahe ausschließlich zum Vorteil für das Kapital ist. Das bedeutet also, daß der Aufbau der EG vom linken Standpunkt aus ein Problem für uns werden wird. Und da sitzen heute sozialdemokratische Politiker, die mit offenen Augen die Ideologien zur Seite legen, um eine kapitalistische Hochburg zu schaffen. Ich weiß nicht, ob man diese Konsequenzen richtig durchdacht hat.

Jevgeni Ambarzumov (UdSSR)

Es hat mich sehr gefreut, was meine Kollegen über die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den Intellektuellen und auch den Genossenschaften in West- und Osteuropa gesagt haben. Denn, was die heutige Genossenschaftsbewegung in der UdSSR anbetrifft, muß man konstatieren, daß die Mehrheit der Bevölkerung mit der Erhöhung der Preise durch diese Genossenschaften oder durch private Unternehmen unzufrieden ist. Andererseits gibt es unter diesen Genossenschaf-

ten nicht wenige Leute, insbesondere junge Leute, die versuchen sich in dieser Wirtschaftsform auszudrücken, d. h. die versuchen, ihr menschliches Potential darin zu nutzen, was sie früher in der staatlichen Wirtschaft nicht konnten. Das ist sehr wichtig. Denn unter diesen Genossenschaften ist die Idee populär, sich selbst für bestimmte Aktivitäten höhere Steuern vorzuschlagen.

Ich würde sagen, das sind Unternehmer mit menschlichem Anlitz. Denn das sind nicht nur Unternehmer als solche, das ist eine Form des Strebens nach dem menschlichen Ausdruck. Nicht zufällig sind es insbesondere jüngere Leute, die manchmal aus der Stadt in die Landwirtschaft ziehen, nicht wie umgekehrt in den 30er Jahren. Sie versuchen dort, diese Landwirtschaft, wie auch sich selbst, zu entwickeln.

Ar. solchen Tatsachen können sie sehen, daß eine Spaltung existiert, nicht nur eine horizontale Spaltung zwischen verschiedenen sozialen Schichten, sondern auch eine vertikale Spaltung in diesen Schichten.

Auch unter gewissen Eliten, so zwischen den Wissenschaftlern: die einen treten für die Entwicklung der Kernenergie ohne Schranken ein, wie beispielsweise der Ex-Präsident der Akademie der Wissenschaften Alexandrow oder der ehemalige Minister für Kernenergie, Petrosians, der nach der Tschernobylkatastrophe ruhig sagte, daß die Wissenschaft Opfer fordere.

Die anderen befinden sich im Gegensatz zu diesen zynisch technokratischen Aussagen: Der weltberühmte Physiker Kapiza beispielsweise schlug schon vor mehreren Jahren vor, Kernkraftwerke nicht in der Nähe von Großstädten zu bauen. Es gibt also ein sehr unterschiedliches Verantwortungsgefühl verschiedener Wissenschaftler. Petrosians wurde inzwischen allerdings nicht nur von seinem Posten abgesetzt sondern wird heutzutage besonders scharf kritisiert. Überhaupt wird das ganze Kernenergiekonzept sehr scharf kritisiert.

Jetzt würde ich sehr gerne noch ein paar Worte zum Thema Tschechoslowakei sagen. Thomas Meyer kann bezeugen, daß ich vor einem Jahr in Freudenberg über die Tschechoslowakische Krise 1968 gesagt habe, daß heutzutage die damalige Intervention unmöglich sein würde. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung.

Neulich hatten die Moskauer Nachrichten die Erinnerung unserer ehemaligen Korrespondenten in Prag veröffentlicht, woraus ersichtlich wurde, daß dieser Einmarsch nicht einfach ein Fehler war, sondern dem Sozialismus selbst nachträglich geschadet hat.

Diskussion

Tilman Fichter

Ich möchte an die Frage, die Du unserem französischen Genossen gestellt hast, inwieweit der EG-Binnenmarkt uns nicht den Blick auf Europa verstellt, anknüpfen. Ich lebe seit 1961 wieder in Berlin und arbeite andererseits in Bonn. Deshalb weiß ich auch, daß der Berliner Blick auf Europa oft ein anderer ist als der Bonner Blick. Oder mit anderen Worten: Der bundesrepublikanische Blick auf Europa verengt sich nur allzu oft auf den EG-Binnenmarkt. Andererseits zerbrechen im Moment in der Sowjetunion alte Feindbilder.

Der neue sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow tritt – oft gegen den heimlichen Widerstand großer Teile des Parteiapparates – für Glasnost und Perestrojka ein. Sein Ziel ist offensichtlich eine zweite russische Revolution. Und falls es den Westlern und Modernisierern um Gorbatschow gelingt, sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen, dann wäre dies für Europa eine riesige Chance. Meines Erachtens macht die Sozialdemokratie in Bonn mehrheitlich den Fehler, die Entwicklung in der Sowjetunion immer nur unter der Fragestellung zu diskutieren, ob durch die Umgestaltung der Frieden sicherer wird oder nicht bzw. ob der Status quo erhalten bleibt. Deshalb würde ich mir wünschen, daß in der SPD endlich einmal neben der schon fast klassischen Friedens- und Abrüstungspolitik auch wieder die Außenpolitik ernstgenommen wird.

Wir brauchen endlich wieder eine Rußlandpolitik, eine Polenpolitik, eine Rumänienpolitik usw. usf. Kurzum: Wir sollten uns über die Frage unterhalten, welche Qualität von Beziehung wir zu den Staaten bzw. Völkern in Ost- und Mitteleuropa – sagen wir einmal im Jahre 2000 – haben wollen. Ob die französischen Genossen auf eine solche Öffnung der deutschen Sozialdemokratie positiv reagieren würden, wage ich freilich zu bezweifeln.

Deshalb sollten wir auch eine eigene Politik gegenüber Frankreich entwickeln. Denn die ständige Beschwörung der deutsch-französischen Freundschaft aus den 50er Jahre wird auf die Dauer nicht die tiefe Entfremdung zwischen der Sozialistischen Partei in Frankreich und der deutschen Sozialdemokratie kaschieren können. So sehen z. B. eine

große Anzahl der führenden französischen Genossen im geplanten ökologischen Umbau der westdeutschen Ökonomie den Beginn eines neuen deutschen Sonderweges, diesmal mit ökonomischen Vorzeichen.

Kurzum: Vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es für die deutsche Sozialdemokratie erneut schwierige außenpolitische Fragestellungen. Die noch so klug gehandhabte Verlängerung der Status-quo-Politik reicht hier auf die Dauer nicht aus.

Hans Werner Kraus

Wer Fortschritt gesellschaftlich nützlich gestalten will, dies ist ja auch in der Diskussion ein Stück herausgekommen, braucht ein erweitertes Handlungsfeld. Wer heutzutage ein erweitertes Handlungsfeld haben will, der ist meiner Meinung nach gezwungen, das hauptsächliche Hemmnis, die Arbeitslosigkeit aus dem Weg zu räumen. Gelingt dies nicht, wird die Diskussion über die positive Gestaltung des Fortschritts zur blanken Theorie.

Ich bin mir als Evolutionist bewußt, daß alles Handeln, so gut es auch gemeint sein mag, nicht nur die Schokoladenseite bringt, sondern auch unausweichlich die Rückseite der Medaille. D. h., wenn man Konzepte macht, dann ist klar, daß sie auch Nachteile haben und nicht nur Widerstände. Ich bin der Meinung, daß es die Möglichkeit gibt, die Arbeitslosigkeit auch als Chance zu betrachten, um aus ihr gesellschaftlich positive Konzepte zu entwickeln. Es ist nämlich festzustellen, daß wir nicht nur Arbeitslosigkeit haben, sondern wie wir sie sogar finanzieren können. Ich stelle desweiteren fest, daß es unter den Beschäftigten das breite Bedürfnis gibt, einmal im Arbeitsleben, bei gesichertem Arbeitsplatz, für 1-2 Jahre aus dem Arbeitsverwertungsprozeß auszuschneiden. D. h., einmal was ganz anderes zu machen.

Diese Tatsachen könnte man konzeptionell zusammenführen, und zwar sich ergänzend sowohl durch staatliche als auch tarifpolitische Maßnahmen. Ich stelle mir das in etwa so vor, daß Arbeitnehmer, die normalerweise bis 63 im Arbeitsleben stehen, in dieser Zeit das Recht haben, für 2 Jahre (im Block oder gesplittet) das Arbeitsleben zu unterbrechen, um Bildungsmaßnahmen wahrzunehmen. Die Arbeitnehmer

haben hierdurch die Gelegenheit, sich zusätzliches Wissen bzw. zusätzliche Qualifikationen zu verschaffen und außerdem wird dadurch die bildungspolitische Unterprivilegierung der Nichtakademiker ein Stück aufgehoben. Ein solches Vorgehen würde es notwendig machen, die derzeitige Arbeitslosenversicherung neu zu strukturieren. Vorstellbar wäre meiner Meinung nach, daß die Arbeitslosenversicherung in Drittelparität finanziert wird aus Beiträgen der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und des Bundesbildungsministeriums. Aus diesem Topf wird die Bildungszeit bezahlt. Die verbleibende Arbeitslosigkeit, die die Arbeitgeber nicht beschäftigen wollen, ist allein durch umsatzabhängige Beiträge der Arbeitgeber zu finanzieren.

Das Gesamtkonzept wäre also eine Lebensarbeitszeitverkürzung mitten im Arbeitsleben, verbunden mit verbreiterter Bildung und mit entsprechendem Anstieg der Emanzipation der Arbeitnehmer.

Ein solches Konzept hätte nicht die Nachteile der flexibilisierten Arbeitszeitverkürzung, die letztlich dazu führt, daß komplizierte gesellschaftliche Strukturen chaotisiert werden.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn.
Redaktion: Sekretariat der Programmkommission
Bestell-Nr.: 390195
Druck: Braunschweig-Druck, 3300 Braunschweig
6-89-A1-5